



Gorleben Rundschau

Klimawandel

Nicht mit uns!



COP21

Trotz des Terrors fand der Klimagipfel in Paris statt. Die Proteste dagegen überall auf der Welt.

Alles falsch!

Weil's sonst niemand tut: Ende Januar werden im Wendland die Fehler der Gorleben-Geschichte benannt.

Serie

Im Salz geht es nicht! Kann man Atommüll stattdessen noch tiefer und unterm Salz sicher einlagern?

Seid geduldig

Erste Woche im Dezember, gerade machte ich mir in Vorbereitung auf den 2. Advent Gedanken über die biblische Aufforderung „Seid geduldig!“. Dabei dachte ich besonders an Euch.

Gemeint ist kein passives Abwarten, sondern eine bewusste Haltung, die mit langem Atem verbunden ist. In dem Predigttext wird als Beispiel ein Landwirt herangezogen: „Der Bauer wartet auf die kostbare Frucht der Erde und ist dabei geduldig, bis sie empfangen den Frühregen und den Spätregen. Seid auch ihr geduldig.“

Ich bewundere Eure, unsere Stärke, immer wieder neu an dem jahrzehntealten Gorleben- und Endlager-Thema mit Mut, Geduld, Ausdauer und langem Atem weiterzuarbeiten. Ohne diesen langen Atem wären längst unrevidierbare Fakten geschaffen worden. Die Veranstaltung mit Reinhard Ueberhorst im Dezember stand, wie auch die Tagung „Alles falsch gemacht“ am 23. Januar es tun wird, genau in dieser adventlichen Tradition, die „kostbare Frucht der Erde“ zu sehen, und nicht den kurzfristigen Gewinn.

Ich danke euch und wünsche uns weiterhin den langen Atem!

Eckhard Kruse



Liebe Leserinnen und Leser,

Mentholzigaretten haben wir dieser Ausgabe nicht beigelegt. Aber wir erinnern dennoch an den Besuch eines hanseatischen Rauchers im Wendland. Und halten ein Plädoyer an die Sozialdemokratie, die eigene Rolle in der Atompolitik noch einmal gründlich zu reflektieren, so wie auch der Lotse selbst in dieser Frage letztlich einen kritischen Blick auf die Rollen von Regierung und Industrie wagte.

Und wir werfen einem Blick auf die Geschichte einer gesellschaftlich nicht akzeptierten Atommüllpolitik, die sich gerade von der Vergangenheit in die Zukunft drängelt. Wolfgang Ehmke stimmt auf die Veranstaltung „Alles falsch gemacht“ am 23. Januar ein, in der es neben der „Fehleranalyse Gorleben“ auch darum gehen soll, wie es angesichts der unverändert verfahrenen Lage weiter gehen kann. Prof. Wolfgang Irrek und Prof. Michael Vorfeld machen uns deutlich, dass und warum der

Stresstest des Wirtschaftsministeriums für die Kostenübernahme der nuklearen Entsorgung durch die Stromkonzerne uns wirklich Stress machen sollte. Die Finanzierung ist offenbar so sicher, wie der Betrieb von Atomkraftwerken und Endlagern.

Lebenslange Lernfähigkeit zählt eigentlich zu den herausragenden evolutionären und zivilisatorischen Fähigkeiten des Menschen und sie erwächst aus der konstruktiven Auswertung von Erfahrungen. Ob allerdings die kollektive Aufarbeitung der (schlechten) Erfahrungen mit der Hochrisikotechnologie Atomkraft und der Standortbenennung Gorleben dem aktuellen Handeln überhaupt zugrunde liegt, oder ob nicht die wesentlichen Debatten gerade wieder unterschlagen und die wesentlichen Konflikte ignoriert werden, hinterfragt die Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat. Ohne nämlich überhaupt das Konzept eines tiefeingeologischen Endlagers zu hinterfragen und andere Optionen zu prüfen, hatte die



**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

Endlagerkommission“ sich schon frühzeitig auf die altbekannten (und bislang gescheiterten) Konzepte eingeeengt. Die „Identifizierung gesellschaftlicher Verständigungsaufgaben“, wie der Politikberater Reinhard Ueberhorst das Gebot der Stunde nennt, wurde dabei unterlassen und durch einen „simulierten gesellschaftlichen Verständigungsprozess“ ersetzt. Herauskommen könnte dabei das Atommüll-Lagerkonzept „unterhalb stratiformer Salzformationen“, wie Umweltwissenschaftler Jan Becker in unserer Serie über unterschlagene Handlungsalternativen berichtet.

Trotz der Demonstrationsverbote hat die BI eine Delegation mit dem Auftrag „Don't nuke the Climate“ zum denkwürdigen Klimagipfel nach Paris entsandt. Deren Bericht liegt ebenso bei wie die Rückschau des Energie-Wenden Dieter Schaarschmidt auf das erste Windrad im Wendland.

Kommen Sie also regenerativ durch den Winter und lernen Sie mit uns zusammen.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Günter Hermeyer (gh)
Gestaltung: Andrea Hagen



Auflage

Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5100, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White
Weitere Infos, Leserbriefe und
Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Vor 37 Jahren

„Heiße Kartoffeln“ – das ist ein Theaterstück in 15 Bildern, in dem es um einen Bauern namens Pankow geht, der für guten Profit Land an die Atomindustrie verkaufen kann, es aber schließlich trotz massiver Bedrohung wie Bestechung, Fotoaufnahmen und Rauschgiftvorwürfen nicht tut.

Die Problematik um Gorleben wurde zum Anlass genommen, um zu zeigen, wie großmächtige Planungsinteressen mit den Bedürfnissen des einzelnen Bürgers umgehen. Ein Stück über Wiederaufarbeitung, über eine Atommülldeponie in einem ländlichen Landkreis, in dem „alle Personen frei erfunden sind und doch in unserer Wirklichkeit leben“ . Das erste Stück der „Theaterwehr Brandheide“ war programmatisch für die Ziele dieser modernen Künstlergruppe und auch ein typisches Beispiel für die Veränderung der Theaterlandschaft. Die fünf männlichen und drei weiblichen Mimen, Deutsche und Schweizer, wollten volkstümliches, politisches Theater machen, das sich nicht nur auf der Bühne tummelt, sondern auch das Publikum in das Spiel einbezieht.

Die Uraufführung des Anti-Atomstückes „Heiße Kartoffeln“ fand in der Alten Burg in Gorleben am 10. April 1978 statt. Es folgten weitere Vorstellungen im Wendland und sogar eine Tournee mit 120 Aufführungen durch die Bundesrepublik und die Schweiz.

Nur das Kurhaus in Hitzacker blieb der „Theaterwehr“ verschlossen. Der neugewählte Oberkreisdirektor Klaus Poggen-dorf hielt es für unangemessen, in einem Gebäude der öffentlichen Hand ein Stück gegen eben diese öffentliche Hand aufzuführen zu lassen. (bh)

Die Grünen Fassungslosigkeit

„So geht es nicht weiter!“ Mit diesen Worten ist ein offener Brief überschrieben, den die Wendlandgrünen ihren Berliner Kolleg/-innen auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis90/Die Grünen Ende November in Halle übergaben. Es sei, so der Kreisverband Lüchow-Dannenberg, nicht mehr erkennbar, wofür die Grünen Vertreter/-innen in der Endlagerkommission stehen. Stattdessen würden grüne Positionen aufgegeben und es bliebe offen, „wo unsere ‚rote Linie‘ ist“. In der Kommission finde eine vorbehaltlose, ergebnisoffene Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein Endlager in Deutschland nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht statt. Stattdessen gehe es nur um Gorleben als mögliches Endlager.

Die Wendlandgrünen fordern in dem Brief die Vertreter/-innen der Partei in der Kommission auf, ihre Positionen zu den bisherigen Empfehlungen des Gremiums vorbehaltlos und offen aufzuzeigen und klar und nachdrücklich die nicht verhandelbaren Grünen Positionen darzulegen – bis hin zu einem Ausscheiden aus der Kommission. Mit der dort nicht durchsetzbare Mindestanforderung „intaktes Deckgebirge“ für Lagerstätten sei für die Lüchow-Dannenger Grünen eine „Rote Linie“ überschritten

Zwischenlagerung Einsatz der PKA?

Eine Stellungnahme der Entsorgungskommission (ESK) besagt erstmals, dass Castor-Behälter bis zu 100 Jahren gelagert werden müssen, bis ein Endlager bereit steht. Zugelassen sind jedoch nur Zwischenlagerzeiten bis zu maximal 40 Jahren. In Gorleben läuft die Betriebserlaubnis 2034 aus. Das Hauptproblem sieht die ESK in dem Zustand im Innern der Behälter: „Maßgebend für die Handhabbarkeit von Brennstäben nach längerer Zwischenlagerung ist der Zustand der Hüllrohre.“ Oxidation des Urandioxids führe zur Zerstörung der Brennstoffmatrix, und durch den



Als Wendlandgrüne kritisiert auch Miriam Staudte das Verhalten grüner Politiker/-innen in der Endlagerkommission.

worden. Es habe sich gezeigt, dass die Kommissionsarbeit ihre eigene Dynamik entwickelt und sich der Abstand zur grünen Basis immer mehr vergrößere. „Wir können und wollen nicht direkt oder indirekt an der Festlegung auf den ungeeigneten und politisch verbrannten Standort Gorleben mitwirken.“

Umweltverbände, darunter die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, hätten von Anfang an aus mangelndem Vertrauen in den Prozess ihre Mitarbeit verweigert. Es sei auch für Grüne eine Frage des Vertrauens in die Arbeit aller Verantwortlichen, ob eine Beteiligung sinnvoll sein kann. „Wir stellen nun fest, dass sich ureigene grüne Positionen nicht durchsetzen lassen und zugunsten von ‚im Konsens getragenen‘ Beschlüssen aufgegeben worden sind.“ (pm)

fortschreitenden Alpha-Zerfall reichere sich in Hohlräumen und an Korngrenzen der Brennstoffmatrix Helium an. All das führe zu einer Volumenvergrößerung. Die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) in Gorleben wird in diesem Zusammenhang nicht erwähnt, aber die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg fürchtet, dass ausgerechnet diese veraltete Anlage dafür vorgehalten wird, die von der ESK geforderten Untersuchungen von Dichtungen und Inventaren der Behälter zu gewährleisten. (we)

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de



Mit der Sicherheit der im Wendland so genannten „Kartoffelscheune“, dem Zwischenlager für Castoren, ist es nicht weit her.

Terror-Schutz BI bezweifelt Sicherheit

14 Jahre nach den Anschlägen auf die Twin-Towers in New York hat in Gorleben der Bau einer Schutzmauer noch nicht begonnen. Erst auf Drängen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) werden dort jetzt auch Kerosinablaufkanäle geplant. Die Behauptung der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS), Gorleben

zähle zu den „bestgesicherten Objekten in Deutschland“, will die weiterhin BI nicht hinnehmen. „Wir bezweifeln, dass die hochradioaktiven Abfälle einem gezielten Flugzeugabsturz standhalten. Es ist immer noch nicht verboten, die Zwischenlager zu überfliegen.“ Gegen panzerbrechende Waffen seien die Behälterwände ebenfalls nicht geschützt. (we)

Brunsbüttel Antrag gestellt

Vattenfall hat Antrag auf den Bau eines neuen Standort-Zwischenlagers für Atommüll in Brunsbüttel gestellt. Das Bundesverwaltungsgericht hatte vor einem Jahr die Betriebserlaubnis für das bestehende Zwischenlager für rechtswidrig erklärt. Dort sind aktuell neun Castoren mit hochradioaktivem Atommüll eingelagert. Die Richter hatten mit ihrer Entscheidung die Aufhebung der Betriebsgenehmigung durch das Oberverwaltungsgericht in Schleswig bestätigt. Dort wurde schon im Juni 2013 der Klage eines Anwohners stattgegeben. (gr)

Quizshow BI-Logo im TV

Im Rahmen der Quizshow „Die Leuchte des Nordens“ mit Jörg Pilawa im NDR-Fernsehen wird am 17. Januar das Logo der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zu sehen sein. In der Sendung Mitte Januar dreht sich alles um die Achtzigerjahre. (gr)

Europäische Union Bürgerbeteiligung

Eine öffentliche Beteiligung am Management radioaktiver Abfälle wird das erste Projekt des neuen „Energy-Transparency Centre of Knowledge“ (E-TRACK) sein. E-TRACK ist eine gemeinsame Initiative der Generaldirektion Energie (GD ENER) und der Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) der Europäischen Kommission zur Förderung der Beteiligung der Öffentlichkeit an der Umsetzung der Energiepolitik. Sie ist ins Leben gerufen worden, weil die EU eine „zuverlässige Informationsquelle für Fragen, die die Umsetzung der Energiepolitik betreffen“ als notwendig erachtet. Ziel von E-TRACK sei es, zu einem zentralen Bezugspunkt für die Beobachtung, die Verbreitung und den Austausch von Informationen über bewährte Verfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Umsetzung der Energiepolitik in der gesamten EU zu werden. (gr)



Die EU möchte mehr Bürgerbeteiligung bei Fragen des Managements radioaktiver Abfälle.



BI-Büro Aktion und Politik

Spitzenreferenten zu aktuellen Themen im Herbst: Den Auftakt machte der Brite Antony Fraggot, der auf das britische Atomprogramm und den Spuk um Hinkley Point C einging. Der Vortrag bildete den Unterbau der „Don't nuke the climate“-Kampagne während der Proteste in Paris. Später begrüßte die BI Alexander Tetsch. Sein Vortrag „Die wahre Katastrophe ist das Vergessen“ war eindringlich, sehr gut recherchiert und brillant vorgetragen. Zu den Themenfeldern Atomkraft, Kohle und Fracking präsentierte Tetsch anhand diverser Bilder die Hinterlassenschaften fossiler Brennstoffgewinnung und schaffte daraus einen mahnenden Vortrag. Den Abschluss der Vortragsreihe bildete im Dezember die Veranstaltung „Demokratische Atommüllpolitik“ von Reinhard Ueberhorst. Nach seinen Vorträgen auf bundesweiten Veranstaltungen der Anti-Atom-Bewegung war es eine Freude, Ueberhorst nun im Wendland begrüßen zu dürfen. Scharfe Analysen, wohl formulierte Kontroversen und ein großer Erfahrungsschatz machten den Abend zu einer „Mittendankveranstaltung“. Am 29. November hat die BI in Berlin die Kampagne „Don't nuke the climate“ auf dem weltweiten Aktionstag „Global Climate March“ zur Weltklimakonferenz vertreten. Am 28. Dezember fand die 250. Fukushima Mahnwache in Dannenberg statt. Denn obwohl das Ereignis schon fünf Jahre zurückliegt, treffen sich immer noch jeden Montag Menschen auf dem Dannenberger Marktplatz, zur Mahnwache und tauschen sich über aktuelle Themen aus. Den Start ins neue Jahr bescherte der traditionelle „Neujahrsempfang“ an den Atomanlagen. Der Vorstand der BI gab dabei einen Ausblick auf die zu erwartenden Schwerpunkte im Jahr 2016. (tk)



Allons enfants!

Proteste „Das Verbot der großen Demonstrationen auf dem Klimagipfel in Paris trifft die Umweltbewegung hart“, schrieb die „taz“ knapp eine Woche nach den Terroranschlägen in der französischen Hauptstadt. Aber: „Die großen Demonstrationen in den Heimatstädten der Klimasünder (...) sind nicht verboten“, fuhr die „taz“ fort und empfahl, dass nicht alle gemeinsam etwas an der Seine machen mögen, sondern jeder zuhause das Seine. Tatsächlich geschah beides! Ein Bericht von Andreas Conradt und Kerstin Rudek

Rund um den Globus gingen am letzten November-Weekend, nur wenige Tage vor Beginn der UN-Klimakonferenz in Paris, hunderttausende Menschen bei mehr als 2300 Veranstaltungen in 150 Ländern für das Klima auf die Straße. Allein in Berlin haben rund 20 000 Bürger/-innen beim Global Climate March für engagierten und verbindlichen Klimaschutz demonstriert. „Hier in Berlin protestieren wir auch im Namen unserer französischen Freunde und Kollegen für Klimaschutz und eine friedliche und nachhaltige Welt!“, sagte Regine Günther, Generaldirektorin Klima und Politik des WWF Deutschland. Ein bunter Demozug mit selbstgebauten Windturbinen, Solar-Trommeln, einem „Kohlosaurus“, Klima-Re-

volution-Panda, Klimahelden, einervier Meter hohen Weltkugel mit schmutzigen Kohlekraftwerken sowie zahlreichen weiteren kreativ gestalteten Gefährten und Installationen zog friedlich durch Berlin-Mitte. Von den Maasai in Tansania bis zu den Samba-Tänzern in São Paulo haben Bürger auf der ganzen Welt mit einer Stimme gesprochen. Christoph Schott, Kampagnenleiter für Deutschland von Avaaz, sagte, Berlin sende einen deutlichen Auftrag an den Klimagipfel in Paris: Gefordert wurde ein ambitionierter, verbindlicher und gerechter Klimavertrag sowie ein Bekenntnis zu weltweit 100 Prozent erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2050. Deutschland müsse zudem zügig mit dem schrittweisen Kohleausstieg beginnen,

der spätestens 2040 abgeschlossen sein sollte. Ziel der mehr als 190 Staats- und Regierungschefs in Paris müsse es sein, die Erderwärmung unter zwei, besser noch unter 1,5 Grad Celsius zu halten und so zu globaler Gerechtigkeit und Frieden beizutragen.

Mitglieder der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) vertraten die internationale Kampagne „Don't nuke the Climate“. Mit ihren großen Bannern – den einzigen in englischer Sprache – warnen sie eindrücklich davor, eine Renaissance der Atomkraft im Windschatten der Klimadiskussion zuzulassen. Die Banner sollten Anfang Dezember auch noch in Paris zu sehen sein...

Weitere große Demonstrationen fanden unter anderem in London,



Melbourne und Manila statt. Als Folge der Absage der Großdemonstration in Paris nach den dortigen Terroranschlägen gingen die Menschen weltweit auch für diejenigen auf die Straße, die es in Paris offiziell nicht konnten. Inoffiziell und trotz des Verbots wurde allerdings auch in der französischen Hauptstadt während der gesamten Dauer des Klimagipfels protestiert. Eine Delegation der BI war in Paris, um mit dem internationalen Bündnis „Don't nuke the Climate“ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu machen und von den Veranstaltungen des Alternativgipfels zu berichten. „Es ist schwer für uns“, verlautete aus Kreisen der Delegation vor der Abreise nach Paris, „hinzunehmen, dass der Weltklimagipfel stattfindet, aber Proteste vor Ort nur sehr eingeschränkt möglich sein sollen. Wir möchten, dass unsere Botschaft auch unter den derzeitigen Umständen Gehör findet. Wir wollen eine Welt ohne Atom, ohne Kohle, ohne Krieg und ohne Bomben. Das al-

les findet in einer neu zu definierenden Klimagerechtigkeit einen gemeinsamen Nenner.“

Tatsächlich fanden in Paris täglich Dutzende Veranstaltungen des alternativen Gegengipfels statt. Tausende Menschen strömten von einem zum anderen Veranstaltungsort, lauschten Vorträgen und beteiligten sich an scheinbar spontanen Aktionen.

So bejubelten rund 35 Klimaaktivist/-innen die Verleihung des „Pinocchio-Awards“ für das „beste Greenwashing“ in einer Geschäftsstelle des französischen Atomkonzerns „Electricité de France“ (EDF). Sie „feierten damit den besten Lügner, der es nicht lassen kann, öffentlich zu erklären, Atomkraft sei CO₂-frei und umweltfreundlich.“ Ähnliche Aktionen fanden in anderen Einrichtungen von EDF und vor dem Bürogebäude von Areva statt. Der Firma wird vorgeworfen, durch den Uranabbau in vielen Teilen der Welt für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verantwortlich zu sein. Über die zwei Wochen des Gipfels gab es zig, wenn nicht hunderte solcher Guerilla-Aktionen.

Und es gab offizielle Veranstaltungen des so genannten Gegengipfels. Gallionsfiguren der Klimabewegung wie die Buchautorin Naomi Klein und der Direktor von Greenpeace International, Kumi Naidoo, ermutigten die Menschen, langen Atem zu bewahren: „Der Kampf um ein besseres Klima ist ein Marathon, kein Sprint. Mahatma Gandhi hat gesagt: ‚Erst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich, und dann gewinnst du‘. Wenn Mahatma Recht hatte, dann sind wir kurz davor zu gewinnen, denn sie bekämpfen uns zurzeit enorm!“, so Naidoo auf einer Veranstaltung des Gegengipfels.

Die Kanadierin Naomi Klein rief die Menschen zu einer Petition auf, die den Schaltjahrestag 2016 in den Fokus weltweiter gemeinsamer Aktionen stellt. „Allein die Tatsache, dass wir alle hier sind, miteinander reden, einfach weitermachen und Druck auf die Entscheidungsträger ausüben, ist unglaublich ermutigend für mich!“ Während Minister und Diploma-



Umweltschützer fordern 100 Prozent erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2050 – weltweit!

ten mit ihren Verhandlungen wie jedes Mal in die Verlängerung gingen – erst am Samstag statt wie geplant am Freitagabend wurden sie fertig –, begann auch für die Klimaaktivist/-innen der Endspurt. Je näher der Termin des Gipfel-Abschlusstages rückte, desto mehr Protestaktionen und Gegenveranstaltungen gab es, desto mutiger wurden die Demonstranten auch, das Versammlungsverbot durch scheinbare Einzelaktionen zu unterlaufen. Auf dem größten Gang des Geländes, auf dem die UN-Staaten einen neuen Weltklimavertrag aushandelten, hatten sich am Freitagnachmittag hunderte junge Menschen in einer Reihe aufgestellt und ein langes rotes Band vor sich gehalten. Es stellte die „rote Linie“ dar, die die Verhandler/-innen nicht „überschreiten“ dürften. Zeitgleich wartete Greenpeace mit einer spektakulären Aktion auf: Während Aktivisten hoch auf dem Arc de Triomphe ein Banner aufspannten, verteilten andere auf den Straßen rund um den Etoile hunderte Liter gelber Ökofarbe. Vom tosenden Autoverkehr auf Frankreichs größtem Kreislauf verteilt, wurde daraus bald eine leuchtend gelbe Sonne fürs Klima.

Am letzten Wochenende schließlich waren Zigttausende Menschen auf den Straßen Paris' unterwegs. Es gab Protestaktionen, die in der Gesamtheit ihrer medialen Wirkung der eigentlich geplanten Groß-Demo wohl in nichts nachstanden. Nachdem die Demonstrationen im letzten Moment – in der Nacht zu Samstag – doch noch genehmigt wurden, haben es Demonstrant/-innen geschafft, die Fläche unter dem Eiffelturm, dem



Symbol für Paris und gleichzeitig für die Weltklimakonferenz, mit Menschen zu füllen. Ein zweites Highlight war das erneute Zeigen der „roten Linien“ – in deutlich größerem Stil als am Tag zuvor und mitten in der Innenstadt vom Arc de Triomphe die gesamte Avenue de la Grande Armée entlang. Als dritte Aktion haben die Protestler die Wortgruppe „Climate Justice Peace“ gebildet – und zwar über die ganze Stadt geschrieben. Über Smartphones wurden die Teilnehmer/-innen informiert, wo sie gebraucht werden, damit der Schriftzug vollständig werden konnte. Der Versuch des französischen Innenministeriums übrigens, die Aktivist/-innen für eine kontrollierte Abschlusskundgebung in ein Stadion am Stadtrand abzuschieben, war schon Tage zuvor gescheitert.

Als am Samstagabend die Nachricht von der Annahme des Klimaabkommens durch die Delegierten bekannt wurde, war der Jubel unter den Umweltschützer/-innen allerdings verhalten: Greenpeace-Klimaexperte Martin Kaiser sagte zwar: „Paris gibt der Welt Hoffnung. Der Kohle- und Ölindustrie gibt das Abkommen den klaren Rat: Sucht euch ein anderes Geschäftsmodell!“

Doch der Vorsitzende des „Bund für Umwelt- und Naturschutz“ (BUND), Hubert Weiger, gab zu bedenken: „Die Diskrepanz zwischen dem in Paris vereinbarten Temperaturziel und der tatsächlichen Klimapolitik der Staaten ist riesig. Weder die EU, noch die USA oder die ölexportierenden Länder haben in Paris weitergehende Zusagen zur Verringerung ihrer CO₂-Emissionen gemacht.“ Paris rufe nach einem Neustart in

der Ära der erneuerbaren Energien. Das Abkommen allein bietet keine Garantie zur Begrenzung der Erderwärmung, aber es motiviert zu mehr Tempo beim Klimaschutz. „Hoffen lässt vor allem das Engagement hunderttausender Menschen überall auf der Welt. Die Demonstrationen im Umfeld des Pariser Gipfels haben deutlich gemacht, dass die Zivilgesellschaft beim Abschied von der fossilen Ära vorangeht. Nach Paris wird das Engagement der Klimaschützer weiter zulegen.“

Auf der Haben-Seite sieht die wendländische Delegation nach Abschluss des Gipfels auch, dass es die Atomlobby nicht geschafft hat, die Kernkraft positiv im Text zu verankern und dass sie allgemein weniger Aufmerksamkeit bekam, als von ihr gewünscht. Allerdings warnt der österreichische Außenminister Rupperecht schon jetzt vor dem Missbrauch des Green Climate Fund, der als neues Instrument in der internationalen Klimafinanzierung eingerichtet wird: „Einige Länder versuchen die Gelder des Green Climate Fund für die Förderung von Atomprojekten zu verwenden. Das ist eine sehr besorgniserregende Entwicklung. Wir müssen unbedingt ein Auge darauf haben, dass sich das nicht in die falsche Richtung entwickelt. Nur in den erneuerbaren Energien liegt die Zukunft.“

Denn, so Henrik Stern von der BI: „Das Ziel der hundertprozentigen CO₂-Reduktion schließt jetzt eigentlich den Neubau von AKWs aus, da deren Art der Energieerzeugung eben nicht CO₂-frei ist.“

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de

Am besten nichts Neues

Kommission Eigentlich alles wie immer in der Kommission: Politik und Atomwirtschaft sind die Akteure, die gesellschaftlichen Gruppen agieren allenfalls an der Peripherie, und die Öffentlichkeit bleibt gleich ganz außen vor. Fast zum Einschlafen, findet unser nicht mehr ganz so schnell rasender Reporter, der K.

Nun, liebe Kinder, gebt fein Acht... Mit diesem Satz beglückt das Sandmännchen Abend für Abend viele Kinder, bevor es leise Schlafsand in die Augen rieseln lässt und die kleinen Menschlein in die Nacht verabschiedet. Gleiches den Energiekonzernen ankreiden zu wollen, könnte an den Haaren herbeigezogen klingen, doch Sand, Augen und Haareziehen spielen in der Kommissionssitzung im November eine skurrile Rolle, wenn auch – schade! – nur im übertragenen Sinne. Das „Freshfields Gutachten“ sorgte am Ende der Sitzung für mächtig Verärgerung unter den Anwesenden. Hinter der Bezeichnung verbirgt sich nicht etwa ein biologischer Gemüsegroßhandel, sondern eine international agierende Anwaltskanzlei mit dem Namen „Freshfields Bruckhaus Deringer“. Sie hatte im Auftrag der Energiekonzerne ein Gutachten erstellt, das sich wiederum auf ein Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums (den so genannten Stresstest) bezieht anlässlich der Frage, ob die Energiekonzerne ausreichende und gesicherte Rückstellungen für die Hinterlassenschaften der Atomkraft aufweisen können. Und das 144-seitige Pamphlet hat es in sich! Kommissionsmitglied Hartmut Gassner betitelte es als „Krawall-Gutachten“, Niedersachsens Umweltminister Wenzel sprach von einem völlig neuen, verschärften Duktus, und Klaus Brunsmeier vom BUND veranlasste das Gutachten zu einem Manöver, das wiederum der Kommissionsvorsitzenden Ursula Heinen-Esser gehörig den Tag versaut. Inhaltlich stark verkürzt, stellt das Gutachten die Existenz einer gesetzlich verankerten Verantwortung des Staates für die Endlagerung fest. Da klingt eine Verantwortungs- teilung mit den Betreibern ja schon als freundliches Angebot der Konzerne. Die Worte „Anordnung“ und „Überwälzung“ des Staates auf die Konzerne lassen schnell den Charakter des Gutachtens erkennen. Der finanzielle Machtkampf zwischen Staat und Konzernen entbrennt in dem eiligst gegründeten Beratungsgremium der Regierung „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ und stellt

damit die Kommission als übergeordnetes Gremium in den Schatten. Im Vorbeigehen urteilt das Gutachten noch über die Rechtswidrigkeit vor Verfassung und Europarecht bezüglich der Gedanken, einen Fond für die Rückstellungen einzurichten und erklärt, dass der Entsorgungsvorsorge der Konzerne durch den Standort Gorleben ausreichend Rechnung getragen wurde. Ein Schlag ins Gesicht all derer, die Gorleben für ungeeignet halten. Diese Abkehr vom Verursacherprinzip, diese Nichtanerkennung des Standortauswahlgesetzes und das schnell geplante Auslagern von Unternehmenszweigen verwundern uns indes nicht wirklich. Verwunderlich ist allerdings der Umgang mit diesem Thema in der Kommission. Denn die Mitglieder von der Industrie wahren einerseits den Schein eines gemeinsamen Verständnisses, lancieren zeitgleich jedoch Gutachten, die die Kommission ad absurdum führen. Beim letzten Punkt der Sitzung – Abstimmung eines Schlichtungspapiers der Ad hoc-Gruppe „Klagen“ – erleben die Zuschauer/-innen dann endlich einen Vorstoß der gesellschaftlichen Vertretung. Kurz vor Schluss stellt Brunsmeier vom BUND den Antrag auf Feststellung, dass die Kommission zum Zeitpunkt der Diskussion nicht mehr beschlussfähig sei. Hoppla! Alle wieder wach? Nun wird's doch noch interessant! Innerlich tobend, kommt die Vorsitzende Heinen-Esser dem Antrag von Brunsmeier nach, stellt fest, dass die Kommission nicht beschlussfähig ist, beendet die Sitzung sofort und giftet in Richtung Brunsmeier:

„Das sind Methoden, die ich nur aus den dunklen Anfängen meiner Politikzeit kenne!“ Details über ihre dunklen Zeiten möchte sie nicht preisgeben. Schade! Das Fazit: Offenkundig wird, dass Industrie und Staat die einzigen Players sind, die den Atommüll untereinander verdealen. Die Kommission, insbesondere mit ihren weiteren gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Vertreter/-innen, verliert sich in der Bedeutungslosigkeit. Aber unter uns: Haben Sie etwas Anderes erwartet? Neu ist hier niX, außer das Jahr: Haben Sie ein gutes 2016!



Blick zurück. Blick nach vorn. Und heute zwischendrin

Gorleben Ende Januar wird sich die BI einen ganzen Tag lang der Frage widmen, welche Fehler von der Standortbenennung Gorlebens bis zur Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes (Stand-AG) gemacht wurden. Beleuchtet werden soll auch, welche Konsequenzen mit Blick auf eine gesellschaftlich akzeptierte Atommüllpolitik daraus zu ziehen sind und wie es nach Juni 2016 weitergeht. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke blickt auf den Tag der „Alles-Falsch-Veranstaltung“

Die „Endlagerkommission“ wird voraussichtlich Mitte 2016 ihren Bericht vorlegen und Empfehlungen aussprechen für die weitere Endlagersuche. Zu vermuten ist, dass dieser Bericht sich nur so weit mit den Fehlern der Vergangenheit befassen wird, um daraus den Schluss zu ziehen, dass es ein vergleichendes Suchverfahren geben soll.

Die Befürchtung der Anti-Atom-Bewegung, dass Gorleben im Topf bleibt und durch einen Standortvergleich im Nachhinein legitimiert werden soll, hat sich erhärtet. So paaren sich parteipolitischer Opportunismus („Nicht bei uns im Ländle!“), pragmatische Unvernunft („Ein Standort reicht!“) und finanzielle Starrköpfigkeit („In Gorleben wurden schon 1,8 Mrd. Euro ausgegeben!“).

Gegen eine solche unheilige Koalition setzt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) auf geballten Sachverstand und politische Entschlossenheit, um dazu beizutragen, einen wirklichen Neuanfang bei der „Lösung“ des Atommüllproblems einzuleiten. Bei einer Veranstaltung der BI am 23. Januar im „Kraftwerk“ in Lüchow gibt es den Blick zurück – und in Form einer Podiumsdiskussion einen Blick nach vorn. Die BI will mit den atompolitischen Sprecher/-innen der Bundestagsparteien über die Perspektiven einer gesellschaftlich akzeptierten Atommüllpolitik debattieren.

Der Journalist **Karl-Friedrich Kassel** wird eingangs in Erinne-



rung bringen, wie die Standort-suche und **Auswahl von Gorleben** verlief. Im Mittelpunkt seiner Recherche werden die Aussagen über Gorleben und das Auswahlverfahren stehen, die sich als halb- oder vollständig unwahr herausgestellt haben, angefangen von der Behauptung, es handele sich um den erwiesenermaßen geologisch am besten geeigneten Standort und den Widerruf dieser Behauptung durch den Chef der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) nach der Standortbenennung 1977 bis zur Auftragsgeschichtsschreibung für das Niedersächsische Umweltministerium durch den Historiker Anselm Tigge-mann.

Ein weiterer Kernpunkt des Seminars wird der **verheerende Um-gang mit geologischen Bedenken in Verbindung mit dem Salzstock Gorleben** sein. Der Dipl.-Geologe **Ulrich Schneider** wird sie Revue passieren lassen. Seine These: Jeder einzelne der bereits seit langem bekannten Negativbefunde ist für sich und in der Summe erst recht Ausschlusskriterium für Gorleben.

Dieter Schaarschmidt sekundiert. Er wird sich dezidiert mit der Salz-stockgröße, mit Gasvorkommen

und der BGR-Salzstudie ausein-andersetzen und darlegen, wie die Öffentlichkeit hinters Licht geführt wurde: Wie Geologie interpretiert und gefälscht und was verschwiegen wurde, hat in Gorleben zu unüberwindlichem Miss-trauen geführt.

Dazu maßgeblich beigetragen haben **Verfahrenstricks**, um den Salzstock als Endlager durchzusetzen. 37 Jahre war ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren anhängig, an der Eignungsaussage wurde gefeilt, ohne dass das Verfahren je eröffnet wurde – ein undemokratischer, folgenreicher Vorgang. **Wolfgang Ehmke**, Sprecher der BI, resümiert: 1977 stellte die Physikalisch-Technische Bundesbehörde (PTB) den Antrag zur Errichtung einer Anlage „zur Endlagerung radioaktiver Abfälle am Standort Gorleben“. Doch dann passierte Merkwürdiges: Die Behörden arbeiteten, bewerteten Daten und schafften eine für die Errichtung eines Atommüllendlagers „günstige Ausgangslage“. Nur eröffnet wurde das Genehmigungsverfahren nie und die Öffentlichkeit hatte keine Möglichkeiten, Einsprüche zu erheben oder zu klagen. Auch wenn dieser Planfeststellungsantrag im Juli 2014 formal eingestellt wur-

de, ist daraus eine politische und strukturelle Hypothek erwachsen, die sich unter anderem in der Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG) und im StandAG niederschlug.

Der Hamburger Rechtsanwalt **Nikolaus Piontek** wird herausstellen, wie unter **Umgehung des Atomrechts** das so genannte „Erkundungsbergwerk“ errichtet wurde. Einmal festgelegt als Standort, wurden juristische Verfahren mit Prüfung der Sicherheit und der Umweltverträglichkeit systematisch umgangen. Das Bergwerk wurde allein nach Bergrecht genehmigt, ohne atomrechtliche Eignungsprüfung. Eine rechtsförmige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde ebenso vermieden wie die formale Berücksichtigung von Planänderungen im Verfahren.

Die perfide Trickserei mündete in eine **verdeckte Eignungsprognose**, die sich hinter dem Kürzel VSG verbirgt. Diese „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ wurde 2010 vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben. Die Journalistin **Gabi Haas** warnt, dass diese große Studie eine Prognose abgeben soll, ob ein sicheres Endlager im Gorlebener Salzstock möglich ist. Anfänglich wollte man die Genehmigung eines Endlagers in Gorleben vortreiben, obwohl es bis dahin kein Auswahlverfahren gegeben hatte, das den geltenden wissenschaftlichen und juristischen Anforderungen entsprach. Mit dem Neustart bei der Endlagersuche wurde die ursprüngliche Zielsetzung zwar gekippt. Die VSG gab nun vor, lediglich ein neutrales Instrument zur allgemeinen Standortsuche zu sein. Doch indirekt lieferte sie den Sicherheitsnachweis für Gorleben gleich mit ...

„Gorleben-Gelder und andere Gefälligkeiten – ein Mittel der **Akzeptanzbeschaffung**“ titelt **Karl-Friedrich Kassel** seinen zweiten Beitrag. Er listet akribisch die verschiedenen privaten und staatlichen Zahlungen auf. Über die Probleme dieser Form von Akzeptanzbeschaffung, die ungesicherte Rechtsgrundlage, die fehlende Kontrolle und über den „Elvers-Erlass“, einen vorsätzlichen Verstoß gegen geltendes Haushalts-

recht, werden die Teilnehmer/-innen einiges zu hören bekommen. Schließlich wird Kassel einen Briefwechsel, in dem sich drei Minister die segensreiche Akzeptanzwirkung der Zahlungen bestätigen, präsentieren.

Statt einer Öffentlichkeitsbeteiligung, schwappte eine Welle politischer Verleumdung („Schmutziges Pack“, „Chaoten“, „Kriminelle“) über die Atomkraftgegner/-innen. Die Politik zog sich zurück, die Polizei trat auf den Plan.

„Atomstaat? – Eine Analyse jahrzehntelanger Versuche der Kriminalisierung und polizeilicher Zurichtung des Protests am Beispiel Gorleben“ – mit diesem Kapitel befassen sich die Rechtsanwälte **Dieter Magsam** und **Martin Lemke**. Die juristischen und polizeilichen Zugriffe auf den jahrzehntelangen Widerstand gegen Gorleben und die Reaktionen der Atomkraftgegner beeinflussen die heutige Rechtsprechung in vielfältiger Weise. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ließ die Strategie der Kriminalisierung und finanziellen Zermürbung im Großen und Ganzen scheitern. Die Prophezeiung eines demokratievernichtenden „Atomstaates“ durch Robert Jungk war – linear gedacht – zu düster. An Stelle der gescheiterten Entpolitisierung des Konfliktes durch Kriminalisierung ist allerdings ein polizeiliches Handlungskonzept getreten, das die Berichterstattung über die Protestaktionen und die Methoden ihrer Bekämpfung steuert. Kaum kontrollierbare Einsatzzonen wurden so freigeräumt für polizeiliche Großeinsätze. Dies begünstigte kaum zu verfolgende Übergriffe auf Demonstranten. Die Erfahrung faktischer Straflosigkeit lässt negative Auswirkungen auf polizeiliches Handeln insgesamt befürchten.

Martin Donat, der BI-Vorsitzende, verknüpft schließlich die Erfahrungen der Vergangenheit mit den aktuellen Bemühungen, Befunden und Befindlichkeiten beim angeblichen Neustart der Endlagersuche. Mit seiner Fragestellung, **warum weder mit dem StandAG noch mit der Kommis-**

Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU, rechts) und der niedersächsische Innenminister Rötger Groß (FDP) am 22. Februar 1977 in Hannover zu Beginn der Kabinettsitzung vor Aktenbergen in Sachen Entsorgungszentrum.



sion ein Neuanfang in der Atompolitik gelingen kann, spielt er den Ball auch an die Politik zurück. Unter dem Druck, zwischen den Wahlkämpfen zu konsensualen Entscheidungen zu gelangen, hat der Bundestag ein Verfahren beschlossen, in das das Land Niedersachsen die Debatte über die Entscheidungsgrundlagen selbst erst nachträglich hinein verhandeln konnte. Es gab keine umfassende gesellschaftliche Debatte des Atommüllproblems, und nicht einmal die „Endlagerkommission“ selbst gäbe es ohne die Intervention aus Hannover. Für die öffentliche Akzeptanz kommt aber der richtigen Reihenfolge der Verfahrensschritte die wichtigste Rolle zu. Donats Prognose: Für den Fall, dass eines Tages andere Regionen Deutschlands Teil der vergleichenden Standortsuche sein sollten, werden diese ein Verfahren allein deshalb ablehnen, weil nicht zu erwarten steht, dass ihre Interessen angemessen Berücksichtigung finden, wenn schon das jetzige Verfahren den Konsens mit den aktuell Betroffenen nicht herzustellen vermag.

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de

**Alles falsch gemacht
 Eine Veranstaltung der BI**

Samstag, 23. Januar
 10 bis 18 Uhr
 Kraftwerk
 Seerauer Straße 14
 29439 Lüchow



Lernen aus Erfahrung

Endlagerung Atommüll hatte nie die demokratische Entscheidungsstruktur, die angesichts der unvorstellbaren Gefahren erforderlich gewesen wäre. Er ist das Ergebnis eines technokratischen Denkens ohne Übernahme der Verantwortung für die Entwicklungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen. Die Erfahrungen mit dem Atommüll stehen exemplarisch für gesellschaftliche Entscheidungen über Risikotechnologien und Zukunftsethik. Von der Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat

Debatten gab es immer: von „unten“ in den Anti-AKW-Protesten, aber die wurden „oben“ in der Politik und der Atomwirtschaft nicht gehört. Stattdessen mauschelten Politik, Energiewirtschaft und staatlich subventionierte Großforschungsunternehmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, und genau diese Akteure machen bis heute knallharte Interessenpolitik. Die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt, die Konflikte unter den Teppich gekehrt und der notwendige Generationentransfer von Wissen nicht in die Wege geleitet. Es wird immer noch Durchsetzungspolitik betrieben, die Öffentlichkeit nur zur „Akzeptanzbeschaffung“ oder Befriedung informiert oder angehört, aber nicht einbezogen. Das alles kennen wir schon

40 Jahre. Wir müssen dem Versuch der Politik entschieden entgegen treten, die Konflikte um die Atomenergie und die Standortbenennung Gorlebens historisieren, als abgeschlossen betrachten will und so tut, als wären die wesentlichen Entscheidungen getroffen, als ginge es nur noch um einen Standort für den Atommüll, als hätten die Konflikte der Vergangenheit keine Auswirkungen auf Gegenwart und Zukunft. Kümmern sich die Verantwortlichen nicht um den gesellschaftlichen Diskurs, müssen wir ihn selbst machen. Es wäre nicht das erste Mal.

Die Geschichte der Atomenergie und die Geschichte der Standortbenennung Gorlebens sind noch nicht wissenschaftlich aufgearbeitet – weder die Technikgeschichte

und ihre militärischen Implikationen, noch die gesellschaftspolitischen und sozialetischen Fragen und schon gar nicht die Gründe des anhaltenden Widerstands in der Bevölkerung gegen die offizielle Atompolitik bis heute. Nur die Anti-Atom-Protestszene hat die eigentlichen Fragen der Zukunftsethik gestellt: Wer bestimmt das Maß von „Sicherheit“ und die „zumutbaren Risiken“? Gelten Wahrscheinlichkeitsberechnungen oder die schlimmsten möglichen Auswirkungen eines katastrophalen Unfalls? Wie bemisst man die Risiken menschlichen Versagens, wie die Terrorgefahr? Wer übernimmt welche Verantwortung, wer hat welchen Nutzen und wer hat welchen potenziellen Schaden? Welche Gefahren und Kos-

ten dürfen auf kommende Generationen verlagert werden? Wer trägt die Verantwortung für wissenschaftliche, technische und politische Fehleinschätzungen? Welches Verfallsdatum haben wissenschaftliche Erkenntnisse bei Hoch-Risikotechnologien? Wer kontrolliert Risikotechnologie, die Großforschungseinrichtungen und die hochspezialisierte wissenschaftlich-technische Forschung? Wo ist die Grenze zwischen Recht und Unrecht beim Spiel mit der Gesundheit der Bevölkerung, der Zukunft kommender Generationen? Wie kann die Politik, wie kann die Bevölkerung, wie können Verwaltung und Gerichte sich in komplexen Themenbereichen das für fundierte Entscheidungen notwendige Wissen aneignen und notwendige Kontrollfunktionen wahrnehmen? Wer haftet für zeitlich von der Nutzungsphase auf die Nachnutzungsphase verlagerte Schäden, die nicht einmal versicherbar sind? Wie kann Transparenz geschaffen werden angesichts des Gefährdungspotentials auch bei etwaigen Terrorattacken ohne polizeistaatliche Methoden? All diese Fragen sind hochaktuell. All diese Fragen sind über 40 Jahre an die Entscheider gestellt worden. Die meisten blieben unbeantwortet. Aber in der kritischen Bevölkerung hat sich ein reiches Wissen angesammelt, das die Kompetenz, das Erinnerungsvermögen und die ethische Verantwortung der meisten Mitglieder der „Endlagerkommission“ bei weitem übersteigt. Die wesentlichen Debatten um den Ausstieg aus der Atomenergie und den Atommüll wurden von der Anti-Atom-Bewegung und nicht aus Politik und Wissenschaft angestoßen und vorangetrieben: von der fehlenden „Entsorgungsoption“ bei der Genehmigung von Atomkraftwerken über die Verhinderung der Wiederaufarbeitung in Gorleben, Wackersdorf und anderswo bis hin zur Stilllegung von Morsleben und der Sanierung der Asse. Von den Fragen möglicher Lagerkonzepte und ihrer Risiken über Sicherheitsanforderungen bis zur Rückholbarkeit bei der Atommüll-Endlagerung. Meistens wurden kritische Einwände erst angehört,

wenn es zu massiven demonstrativen Protesten, zu Platzbesetzungen oder Sitzblockaden kam, die auch mit massiven Polizeieinsätzen nicht mundtot gemacht werden konnten und die große Sympathien in der Öffentlichkeit fanden. Wirklich gehört mit Auswirkungen auf wesentliche Entscheidungen wurden sie bis heute nicht.

Die Geschichte ist nicht aufgearbeitet und sie ist nicht Vergangenheit – sie ist unsere Gegenwart und Zukunft bis ins hundertste Glied... Die Anti-Atom-Bewegung hat viele Erfahrungen – aber die Politik tut in der „Endlagerkommission“ gerade so, als könnte man bei Null anfangen, ohne Beteiligung der in jahrzehntelangen Konflikten hochqualifizierten Bevölkerung. Willfähige „Beteiligungsexperten“ machen das mit, sie ignorieren vorhandene Konflikte, vorhandene Erfahrungen, vorhandene Kompetenz. Notwendig wäre es, die Erfahrungsschätze zu heben und den Generationentransfer einzuleiten. Wir werden dieses Wissen noch brauchen für die notwendigen Rücksprünge, wenn sich weitere Entscheidungen als fehlbar herausstellen (das ist vorhersehbar). Wir brauchen diese gesammelten Erfahrungen für die Gestaltung besserer demokratischer Entscheidungsstrukturen (und zur Identifikation von Alibi-Veranstaltungen, denn davon gab es bereits mehr als genug). Die Aufarbeitung der Erfahrungen all derer, die sich schon lange mit Atomprotest und Atommüll beschäftigen, ist nötig. Sie haben viel zu erzählen, und es gibt viel zu lernen, denn sie sind aus Erfahrung klug. 40 Jahre haben viele die Hoffnung nicht aufgegeben und bis heute die Bereitschaft „... und wenn wir alles selber machen müssen!“

Als Grundlage für „Lernen aus Erfahrung“ für unsere Kinder und Kindeskinde und für alle, die immer noch nicht hören wollen, braucht es ein unabhängiges Dokumentations-Zentrum mit guter finanzieller Ausstattung (beispielsweise einer Stiftung), in der interdisziplinäre wissenschaftliche Forschung ordnet, strukturiert, archiviert und mit Bildungsveranstal-

**Autorin
Ulrike Donat,
Rechtsanwältin
und Mediatorin**



**Kompetenz in
Fachfragen erlangen
Bürger/-innen
unter anderem
durch Teilnahme
an Infoveranstaltungen
und Fachtagungen.**



**Die Geschichte
der Atomenergie ist
noch nicht
aufgearbeitet**

tungen und Ausstellungen den Generationentransfer lebendig und dialogisch gestaltet. Lernen aus Erfahrung ist notwendig – für alle Seiten! Weder die Geschichte der offiziellen Atom- und Wissenschaftspolitik, noch die Geschichte des Widerstands darf der Politik, der Energiewirtschaft oder den Großforschungseinrichtungen überlassen werden. Schaffen wir ein unabhängiges Institut. Mit einem Fokus weit über Gorleben hinaus, mit Wissenschaftlern und Universitäten, mit sogenannten Laien und mit Breitenwirkung. Am Am Gorleben-Thema manifestieren sich Erfahrungen von Intransparenz, Lug und Trug, Kriminalisierung, Überwachung und Besatzungszuständen. Aber es geht nicht nur um Gorleben. Erfahrungen mit technokratie-fixierter, undemokratischer Atompolitik, mit der Verharmlosung von Gefahren, mit struktureller Gewalt, mit Unrecht und der Übertölpelung der Bevölkerung gibt es an allen Atom-Standorten. Den gesellschaftlichen Diskurs um eine demokratische Atommüllpolitik, um eine langfristig sichere Atommüllverwahrung und um Zukunftsethik generell müssen wir gemeinsam führen. Bundesweit, europaweit, weltweit. Betroffen sind wir alle. Entscheiden müssen wir alle.

Helmut Schmidt im Wendland

Gorleben Im 4. April 1981, vor fast 35 Jahren, tauchte unter größter Geheimhaltung Helmut Schmidt in Lübeln im Wendland auf, um den, wie er es formulierte, „knorrigen“ CDU- und SPD-Kommunalpolitikern den Rücken zu stärken. BI-Pressesprecher Wolfgang Ehmke erinnert daran

„Waren das noch angenehme Besuche: als man als Bundespolitiker in Lüchow-Dannenberg Gespräche mit Kommunalpolitikern führen konnte, ohne von Gorleben-Gegnern angegiftet zu werden.“ So beginnt ein Beitrag in der Elbe-Jeetzel-Zeitung, der an den verstorbenen Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt und seinen einzigen Gorleben-Besuch erinnert. Aber diese rückblickende Einschätzung ist falsch. Allein, dass Schmidt nur „unter größter Geheimhaltung“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg auftauchen konnte, zeigt, dass die Stimmung schon damals mehr als aufgeheizt war und der Besuch des Bundeskanzlers, wäre er bekannt gewesen, nicht lautlos und ohne Proteste vonstatten gegangen wäre. Marianne Fritzen, die damalige BI-Vorsitzende, sagt: „Ich persönlich erinnere mich genau an diesen Schmidt/Lübeln-Morgen. Ich wurde sehr früh angerufen und aus dem Bett geholt, weil man den Besucher nicht ganz incognito empfangen lassen wollte. Ich bin sofort los gefahren, aber Lübeln war bereits abgesperrt. Also: So ganz incognito ist der Besuch nicht abgelaufen, nur in aller Herrgottsfrühe war es schwierig, noch groß zu mobilisieren. Wie viel Leute letztlich da waren, kann ich nicht mehr sagen. Wir waren praktisch nur noch Zaungäste, obwohl Einwohner noch versucht hatten, uns über ihre Hinterhöfe zu schleusen.“ Helmut Schmidt trat während seiner achtjährigen Amtszeit in den Jahren 1974 bis 1982 aus industriepolitischen Gründen für den Ausbau der Atomkraft ein. In einer unvergesslichen TV-Ansprache im Februar 1977, gleich im Anschluss an die Tagesschau, warnte er davor, sich den Protestermarsch gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf anzuschließen. Er trug dazu bei, dass die Proteste, die sich gegen den Bau des Atommeilers richten, mit allen Mitteln der Exekutive niedergeschlagen wurden. Für ihn war die Atomkraft „zuverlässig und umweltfreundlich und aufgrund des zukünftigen Energieengpasses unumgänglich“ (TV-Ansprache). Die Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Bau des AKW Brokdorf

galten für ihn als „Irrweg von Extremisten“, an denen die Leute nicht teilnehmen und sich nicht davon beirren lassen sollten. Dies seien Parteien, die nicht ernst zu nehmen seien, und denen es nur „auf [eine] Zerstörung angelegte rechtswidrige Aktion“ ankomme. Die Organisatoren könnten sich nicht auf das grundgesetzlich verankerte Recht auf Meinungsfreiheit berufen, so Schmidt weiter. Der Bundeskanzler hatte allerdings schon früh erkannt, dass ohne einen Entsorgungsnachweis der weitere Ausbau der Atomenergie gefährdet war. Für das Atomkraftwerk Brokdorf verfügte das Verwaltungsgericht Schleswig einen Baustopp, schließlich wurden Bau und Betrieb von Atomkraftwerken fortan an die „nukleare Entsorgung“ gekoppelt. Deshalb ging es auch Schlag auf Schlag: Schon eine Woche nach der hitzigen Debatte um die Brokdorf-Demo wurde Gorleben als NEZ-Standort benannt. Schmidt nahm schließlich sogar hin, dass es wegen der Grenzlage Gorlebens Schwierigkeiten mit der DDR-Führung geben könnte. Er war am Ende froh, dass es überhaupt einen Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ (NEZ) gab, doch er pochte bis zum Regierungswechsel 1983 auf ein vergleichendes Suchverfahren – im Gegensatz zur damaligen niedersächsischen Landesregierung unter Ernst Albrecht (CDU), die nur einen einzigen NEZ-Standort, nämlich Gorleben, anbot. Leider war Helmut Schmidt viele Jahre später nicht eingeladen, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Gorleben über die erheblichen Differenzen zwischen der niedersächsischen Landesregierung und seiner Bundesregierung in Sachen Gorleben Auskunft zu geben. Am Ende war es ihm recht, dass es – zunächst auf dem Papier – den gewünschten Entsorgungsnachweis gab. Einige Sozialdemokraten waren schon damals gegen die Atomkraft und gegen Gorleben als Atommülldeponie. Anfang der Achtzigerjahre tobte in der Hamburger SPD der Kampf um die Atomkraft. Bürgermeister Hans-Ulrich Klose war Brokdorf-Gegner und trat zurück. Die SPD-Bundespartei aber schwenkte erst nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 um. Von einem Umdenken Schmidts in dieser Frage ist wenig bekannt. Für ihn als Bundeskanzler schien der Fall klar: Es „kann kein Zweifel bestehen, dass auch der Bau des Kernkraftwerks Brokdorf mit der energiepolitischen Zielsetzung des Energieprogramms der [SPD-] Bundesregierung in Einklang steht“, schrieb er im März 1980 an CDU-Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg. Durchsetzen wollte Schmidt das aber nicht mehr. Anfang 1981 hatte sich die SPD in Bremen, Niedersachsen und Hamburg gegen Brokdorf ausgesprochen. Schmidt sagte 1980 nach dem GAU im US-Atomkraftwerk Harrisburg auf der Münchner Weltenergiekonferenz nachdenklich: „Wir haben in Wirklichkeit auf der ganzen Welt die technischen Probleme der Entsorgung noch nicht befriedigend gelöst... Und wenn ich das einmal sagen darf an die Vertreter der Industrie: Hier ist ein Feld, in dem die Regierungen und die Parlamente der Welt von Ihnen nicht rechtzeitig Hinweise bekommen haben auf die Probleme, die sich auftun würden.“





Atomkraft? Find' ich doof!

Jugendliche Während ihres Praktikums bei der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat Merit Niebuhr eine Menge über Atomkraft, ihre Problematik und die Endlagersuche erfahren. „Ich dachte zwar, über ein wenig Grundwissen zu verfügen, aber das reichte bei weitem nicht aus.“ Also fragte sie sich: „Wenn ich, als jemand der sich für die Themen zumindest grob interessiert, schon so wenig weiß, wie wenig wissen dann meine Mitschüler und Freunde, die sich nicht für Atomkraft interessieren.“

„Atomkraft? Find ich doof.“ So antworten sie mir mehrheitlich auf die Frage, was sie von Atomkraft halten. Sie begründen ihre Aussagen damit, dass Atomkraft gefährlich sei und gefährlichen Müll produziere. Einer hält dagegen und wirft ein, dass Atomkraft billig und schnell sei. Würde er sich mit dem Thema auseinandersetzen, wüsste er, dass Atomenergie keinesfalls die billigste Stromquelle ist, denn die Konzerne machen zwar enorme Gewinne, der Verbraucher aber zahlt über die Steuern zum Beispiel die Subventionen. Also, unterm Strich hat meine Generation eine Meinung, aber es mangelt an genauerem Wissen und Interesse am Thema. Aber warum interessiert es sie nicht wirklich? Die Lösung ist naheliegend: Sie glauben, es betrifft sie nicht mehr, die Energiewende ist beschlossen, die AKWs sollen planmäßig bis 2022 abgeschaltet werden. Die nuklearen Abfälle sind natürlich ein Problem, mit dem sich

viele Jugendliche aber nicht auseinandersetzen, getreu dem Motto: Die Regierung macht das schon. Zwar würde das bestimmt anders aussehen, wenn in ihrer Nähe, in Hannover, ein Atommülllager geplant wäre, aber auch wenn es sie nicht betrifft, sollten sie sich einmischen, da die Regierung planmäßig noch zu unseren Lebzeiten einen Endlagerstandort finden und dort eventuell auch schon einlagern möchte. Und wenn die aus unerklärlichen Gründen einen nicht idealen Standort wählen, in den zum Beispiel Wasser eindringt, wodurch unser Grundwasser verseucht wird, dann würde es meine Mitschüler auch treffen. Wir sind also gefragt, das Thema aufmerksam zu verfolgen und uns auch so gut wie möglich einzumischen. Aber von den Risiken wissen wir einfach nichts, denn dieses Thema kommt so gut wie nie in den Medien vor. Auch im Internet nicht: Solange man nicht gezielt nach Informationen sucht,

kommt man mit der Endlagersuche, der Kommission und dem Endlagerstandortgesetz nicht in Berührung. Es liegt also nicht nur an uns, sondern auch an der mangelnden Berichterstattung in den großen Nachrichtensendungen wie der Tagesschau. Es gibt momentan so unglaublich viele Themen mit denen man sich gezwungenerweise auseinandersetzen muss oder auch möchte, wie dem Flüchtlingsstrom, dem Anstieg rechter Gewalt oder TTIP und CETA. Da kommen bedauerlicherweise die schleppende Energiewende, die Endlagersuche und die noch in England und Frankreich stehenden Castoren einfach zu kurz. Es bleibt zu hoffen, dass das Thema rund um die Atomenergie und ihren Müll ohne nukleare Katastrophe wieder in den Mainstream-Medien auftaucht. Und somit auch wieder Jugendliche auf das Thema aufmerksam werden und sich damit genauer auseinandersetzen.

Auch wo es sie nicht direkt betrifft, sollten sich Jugendliche einmischen



Die Zwerge schlafen nicht

Juristische Folgen Der Zwerg auf der weißen Fahne weist den Weg: Wenn Tausende Menschen aus verschiedenen Himmelsrichtungen und zielstrebig wie Ameisen auf Bahngleise zustreben, sich darauf niederlassen, um einen Castortransport zu blockieren und sich nicht mehr weg bewegen, dann sind sie Teil einer der großen Blockadeaktionen der wendländischen Widerstandsgruppe „Widersetzen“. Dass mit dem Wegtragen durch die Polizei die Bemühungen von „Widersetzen“ nicht enden, ahnt kaum jemand. Birgit Fuhrmann und Birgit Maschke fassen zusammen, was sie immer noch beschäftigt.

Widersetzen. Der Name ist Programm. Zuletzt gelang es im November 2011 gegen alle Polizeitaktik, die Gleise 13 Stunden lang zu blockieren. Um vier Uhr in der Früh begannen die Beamt/-innen mit der Räumung und trugen die Menschen in einen so genannten „Kessel“, der schon in der Nacht vorbereitet worden war. Die Gefangenen durften ihn erst gegen 15 Uhr und nach Angabe der Personalien wieder verlassen. Seitdem ist kein weiterer Atommüll mehr ins Wendland gebracht worden, gab es keine Schienenblockaden mehr. Doch Ausruhen? Fehlanzeige!

Den Organisator/-innen von „Widersetzen“ ist es wichtig, dafür einzutreten, dass die angekündigte Wende in der Atompolitik umgesetzt wird und notwendige Lösun-

gen transparent und unter Beteiligung der Bevölkerung gefunden werden. Dies umso mehr, als vor der sich abzeichnenden Entkarbonisierung der Energieerzeugung nach dem Klimagipfel in Paris eine Renaissance der Atomenergieerzeugung droht.

„Wir leben in einem Land, das sich seines Rechts zur freien Meinungsäußerung und seines Versammlungsrechtes rühmt“, so der Pressespecher von „Widersetzen“. „Diese uns zustehenden Rechte werden aber immer wieder ausgehebelt, ganz besonders dann, wenn wir gegen Atompolitik demonstrieren.“ Umweltgruppen bliebe im Nachhinein nur der Klageweg, um diese Rechte wieder einzufordern. Oft mit Erfolg: Etliche Male wurde schon zugunsten der Atomkraftgegner und gegen Aktionen

der Polizei entschieden. Letztere nämlich verhält sich erschreckend oft gesetzeswidrig.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Bundesregierung im Jahr 2010 wegen ungerechtfertigten Freiheitsentzugs zweier Demonstranten verurteilt. Die vorsorgliche Festnahme vor dem Beginn des G8-Gipfels in Heiligendamm im Jahr 2007 verstieß demnach gegen die Menschenrechtskonvention. Schon die Notwendigkeit, die Betroffenen überhaupt in Gewahrsam zu nehmen, stellte der Gerichtshof in Frage. Das Gericht bejahte vielmehr eine Verletzung des Rechts auf Freiheit und Sicherheit und der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Damit wurde das polizeiliche Mittel des vorsorglichen Gewahrsams vom

Europäischen Gerichtshof für unrechtmäßig erklärt. Wie die Süddeutsche Zeitung berichtete, sprachen die Richter den Aktivisten aus Jena und Berlin wegen des erlittenen Unrechts eine Entschädigung von jeweils 3000 Euro zu, die die Bundesregierung nun zahlen muss.

Auch bei „Widersetzen“ entstand auf den Schienen in der kalten Novembernacht der Eindruck, dass die Polizei mit der Vorbereitung des „Kessels“, der erkennbar auf eine längere Ingewahrsamnahme ausgerichtet war, Entscheidungen gegen geltendes Recht getroffen hatte. Das sollte sich nach der Räumung der Gleise bestätigen: Erst auf Drängen der Anwälte von „Widersetzen“ wurden einzelne Demonstrant/-innen nach Lüchow gebracht, um sie einem Richter vorzuführen. Gesetzlich vorgeschrieben ist, die Ingewahrsamnahme jeder einzelnen Person umgehend von einem Richter bestätigen zu lassen. Und Zweifel über die Rechtmäßigkeit hätten der Polizei früh kommen müssen: Für eine Person wurde unmittelbar nach der Vorführung festgestellt, dass die Ingewahrsamnahme unrechtmäßig war. Trotzdem wurden alle anderen Personen, die keinem Richter vorgeführt wurden, weiter festgehalten.

Weil die Strategie der Polizei sich bereits durch die Einrichtung des Kessels abzeichnete, hatte „Widersetzen“ die Aktivist/-innen schon auf den Gleisen dazu aufgerufen, einen Antrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit zu stellen, um mit einem entsprechenden Urteil dafür sorgen zu können, dass Einsatzleiter/-innen zukünftig keine unverhältnismäßigen Ingewahrsamnahmen mehr anordnen, weil sie sonst mit einer Flut von Klagen und Kosten rechnen müssen. Diesen Plan verfolgte „Widersetzen“ nach der Blockade weiter: Unmittelbar nach den Castor-Tagen im Herbst 2011 rief die Organisation über Mailverteiler und Internet zu einer Sammelklage auf. Nach Angaben des Landgerichts Lüneburg gab es rund 350 Menschen, die diesem Aufruf folgten. Erneut zeigte sich das verschobene Rechtsverständnis der Polizei: Schon das erste Feststellungsver-

fahren bescheinigte „Widersetzen“ die Unrechtmäßigkeit der Ingewahrsamnahme ab 10 Uhr, also nach rund fünf Stunden. Nach einer Beschwerde gegen dieses Urteil wurde die Ingewahrsamnahme insgesamt für rechtswidrig erklärt.

Vermutlich rund 200 Menschen haben zudem Forderungen auf Schmerzensgeld erhoben, einzelne versuchen dies – bislang erfolglos – auch auf dem Klageweg. Dass vom obersten Richter am Oberlandesgericht Celle geäußert wurde, die Anspruchstellung sei als grotesk zu bezeichnen, da die Ingewahrsamnahme im Wesentlichen die Fortführung der Sitzblockade mit besserer Verpflegung und Versorgung gewesen sei, betrachtet „Widersetzen“ zwar als symptomatisch für das deutsche Rechtswesen, hatte aber immerhin die Absetzung des Richters wegen Befangenheit zur Folge. An der Ablehnung der Forderungen auf Schmerzensgeld änderte das freilich nichts.

„Wir gehen nach wie vor davon aus, dass wir unsere Schadensersatzklagen in den höheren Instanzen durchsetzen können“, erklärt „Widersetzen“. Die Gruppe ist entschlossen, nötigenfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu ziehen. „Ob uns die Gerichtsbeschlüsse jemals vor Ort helfen würden, wissen wir nicht. Aber sie wären wichtige Meilensteine in der Rechtsprechung dieses Landes.“

Das Kalkül von „Widersetzen“: Der Polizei vor Ort könnte es zukünftig schwerer fallen, ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu ignorieren, wenn der Einsatzleitung zeitgleich die Summe der Schmerzensgeldzahlungen präsentiert wird, die bei vorangegangenen rechtswidrigen Einkesselungen von der Polizeidirektion gezahlt werden mussten. „Das könnten zum Beispiel für den bisher letzten Kessel 200 Zahlungen von je 500 Euro werden.“

Anders als bei sonst üblichen Schadensersatzansprüchen, klagen hier nicht nur ein paar Leute, sondern Hunderte. „Die Klagewege sind insgesamt sehr mühsam.



Die Gefangenensammelstelle der Polizei nach einer großen Schienenblockade bei Hitzacker war rechtswidrig. Hier wurden rund 1200 Atomkraftgegner gute neue Stunden unter freiem Himmel festgehalten.



Aus allen Richtungen kamen Aktivist/-innen, bis es mehrere Tausend waren. Die Polizei versuchte den Zugang zuerst zu behindern, ergab sich dann aber den Massen.



Im Zeichen des Zwergs: Wo er auftaucht, gibt es bald gut durchdachte Aktionen gegen Atomkraft. Und viel Arbeit für die Gerichte.]

Bescheide und Strategien sind kaum zu verstehen, selbst wenn die Anwalt/-innen mit viel Geduld versuchen, sie uns zu übersetzen. Das ist eine ganz andere Form von Widerstand. Nicht so handfest und laut, aber hoffentlich wirksam.“

Zuerst Stresstest ...

Mitte Oktober gab Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Entwarnung. Die Stromkonzerne seien gut aufgestellt, die Kosten für die nukleare Entsorgung zu meistern. Doch es gibt Zweifel, ob die AKW-Betreiber wirklich für die Endlagerung gerade stehen – und an deren Solvenz. Sie würden sich am liebsten mit einer Einmalzahlung in eine Stiftung aus ihrer Verantwortung stehlen statt in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzuzahlen. „Die eigentliche Auseinandersetzung steht also noch bevor. Gabriel sollte unverzüglich die Finanzierung der Atommüllentsorgung regeln“, forderte unter anderem die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.

... dann Gutachten ...

Die Antwort der Energiekonzerne RWE und E.on auf den Stresstest folgte unverzüglich: Sie legten in der November-Sitzung der „Endlagerkommission“ ein Rechtsgutachten vor, in dem sie die aktuellen Planungen, die Atomstromproduzenten bei ihrer Atommüllentsorgung in die Pflicht zu nehmen, brüsk von sich weisen. Die Kanzlei Freshfields hält das staatliche Anliegen, die Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen, für rechtswidrig.

... jetzt Finanz-Kommission

Beides, Stresstest und Gutachten, zielen auf die neue „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs“. Dort soll debattiert werden, ob die 38 Milliarden Euro, die als Rückstellungen für die nukleare Entsorgung in den Bilanzen der Konzerne ausgewiesen wurden, wirklich reichen und ob deren Vorschlag angenommen wird, dass mit einer Einmalzahlung in eine Stiftung die Sache erledigt ist.

Wichtig für Gorleben

Vor allem dürfe, weil die Konzerne klamm bei Kasse sind, eine vergleichende Endlagersuche nicht auf der Strecke bleiben, so BLSprecher Wolfgang Ehmke: „Wir machen Druck, weil wir befürchten, dass aus finanziellen Gründen am Ende an Gorleben festgehalten wird. Bei der Endlagerung muss jedoch die Sicherheit an erster Stelle stehen.“ (gr)



Prof. Wolfgang Irrek (oben) und Prof. Michael Vorfeld von der Hochschule Ruhr-West in Mülheim

Stresstest bestanden?

Finanzen Würden Sie in ein Flugzeug steigen, das mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 25 Prozent abstürzt? Bundesminister Sigmar Gabriel anscheinend schon. Er ist der Auffassung, dass die Atomkonzerne den von ihm beauftragten Stresstest bestanden hätten und kein weiter gehender Handlungsbedarf hinsichtlich der Finanzierung von Rückbau und langfristiger Sicherung des radioaktiven Materials bestünde. Eine Sichtweise, die die Professoren Wolfgang Irrek (Wirtschaftsingenieurwesen-Energiesysteme) und Michael Vorfeld (Finanzwirtschaft) von der Hochschule Ruhr-West in Mülheim nicht teilen.

Gabriel meint, sich dabei auf ein Gutachten von Warth & Klein GrantThornton stützen zu können. Doch dieses Gutachten ist kaum die Bezeichnung „Stresstest“ wert. Im Gegensatz zu Stresstests bei Banken und Versicherungen werden die Folgen ungünstiger Entwicklungen nicht wirklich analysiert und die Geschäftsaussichten der Energiekonzerne nur ansatzweise kritisch hinterfragt. Stattdessen werden zukünftige Entwicklungen mit risikolosen Erwartungswerten und bilanztechnischen Spielereien mit unterschiedlichen Diskontierungssätzen und pauschalen Kostensteigerungsraten abgeschätzt. Das Gutachten geht zudem implizit von einem Haftungsverbund der Konzerne aus. Selbst wenn die Unternehmen im Durchschnitt die Finanzierung des dicken Endes der Atomkraft stemmen könnten: Was passiert, wenn einer der Konzerne dies nicht mehr kann?

Zuzustimmen ist den Stresstest-Gutachtern in ihrer Aussage, dass die Finanzierung des dicken Endes der Atomkraft unsicher sei. Auch wenn die Vermögenswerte der Konzerne derzeit noch gerade ausreichen, ihre gesamten Verpflichtungen einschließlich der Pensionszusagen zu decken: Entscheidend ist nicht die heutige Substanz, sondern das, was an Nettoeinnahmen in Zukunft realisiert wird. Doch welchen Cashflow können wir erwarten?

Sind die fossilen Kraftwerke in ihrer Summe wirklich noch 15,5 Milliarden Euro wert, wie es die Wirtschaftsprüfer berechnet haben? Wir wissen ausserdem nicht, welche Kostensteigerungen auf die Atomwirtschaft noch zukommen. Die Stresstest-Gutachter rechnen damit, dass die noch zu

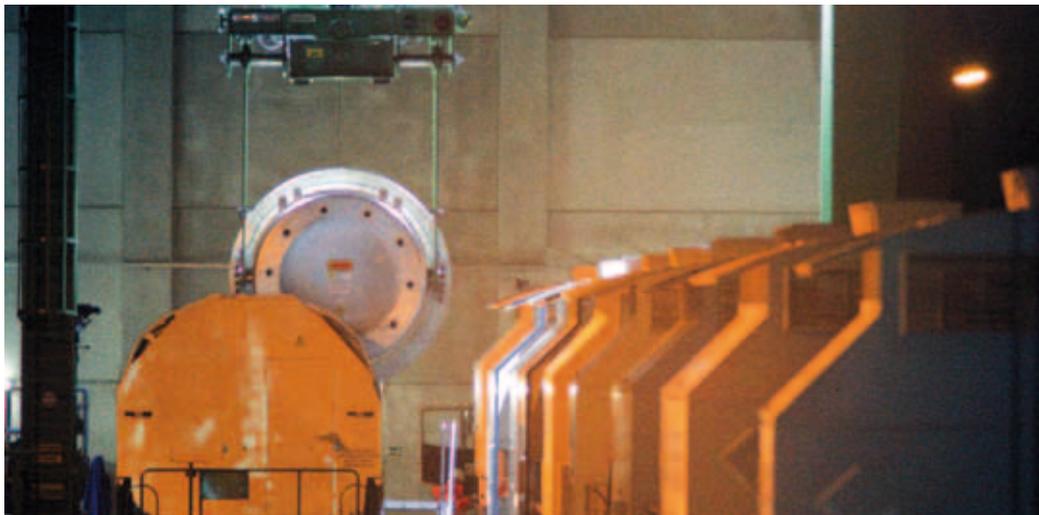
tätigenden Auszahlungen für Rückbau und atomare Ewigkeitslasten zwischen heute geschätzten 47,5 und bis zu 182,3 oder sogar über 300 Milliarden Euro betragen könnten. Als Rückstellungen bilanziert sind die Verpflichtungen bisher mit einem Barwert von 38,3 Milliarden Euro.

Die Gutachter sagen selbst: „Das Risiko, dass über die Gesamtdauer der Entsorgung ... eine Unterdeckung eintritt, liegt ... deutlich über 25 Prozent.“

Die Schlussfolgerung des Bundeswirtschaftsministers, nichts weiter



Adäquate Vermögenswerte der Konzerne sollten in den nächsten fünf Jahren in einen öffentlich-rechtlichen Fonds übertragen werden, um für zukünftig erforderliche Zahlungen gesichert zur Verfügung zu stehen. Dabei sollten die Betreiber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, und es sollten eine Nachschusspflicht und Garantiezahlungen für den Fall nicht ausreichender Fondsmittel verankert werden. Das Insolvenzrisiko der Energiekonzerne hängt nicht daran, ob ein solcher Fonds gegründet wird, sondern an ihrer Fähigkeit, ihre Geschäftsbereiche profitabel zu entwickeln. Ein öffentlich-rechtlicher Fonds schützt aber zukünftige Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor gravierenden Auswirkungen einer nicht auszuschliessenden Insolvenz.



Der Castor kommt!

Atom-Transporte Seit Anfang Dezember steht fest, wohin die 26 Castor-Behälter aus den Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) La Hague und Sellafield verbracht werden. Nach zähem Ringen hat Bayern einem Verteilungsschlüssel zugestimmt, nach dem sieben der Behälter mit hochradioaktiven Abfällen aus Sellafield im Zwischenlager des AKW Isar aufgestellt werden sollen. Bisher hatte sich Bayern strikt geweigert, an der Zwischenlagerung beteiligt zu werden.

Ab 2017 heißt es also wieder „Castor-Alarm“! Wie das Bundesumweltministerium mitteilt, soll dann der Transport mit Atomabfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage Cap de la Hague abgewickelt werden. Von dort kommen fünf Behälter mit mittelaktiven Glaskokillen, sie sollen in Philippsburg (Baden-Württemberg) untergestellt werden.

Zwischen 2018 und 2020 sollen drei Transporte aus Sellafield folgen. Diese 21 Castor-Behälter aus Großbritannien werden auf die Zwischenlager an den Standorten Biblis (Hessen), Brokdorf (Schles-

wig-Holstein) und Isar (Bayern) verteilt. Doch es gibt eine Fülle von ungelösten Fragen bei der Zwischenlagerung der Atomabfälle. Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hatte die Betriebserlaubnis für Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) kassiert. Das dortige AKW war ebenfalls als ein Lagerplatz für den Müll gehandelt worden. Die Betriebserlaubnis für das Lager in Lubmin bei Greifswald muss ebenfalls neu beantragt werden, weil die Atomanlagen nicht hinreichend gegen Einwirkungen Dritter gesichert sind. Jochen Stay von der Anti-Atom-

Tausche Castor gegen Castor

Die Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg (BI) reagiert mit Entsetzen auf den Vereinbarungstext, der zwischen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ausgehandelt wurde, in dem zugesichert wird, dass der Salzstock Gorleben auch nach einer Evaluation des Standortauswahlgesetzes durch die Endlagerkommission im Ver-

fahren bleibt. „Das geschieht nur leicht verklausuliert.“ Im Vertragstext heißt es: „Mit dem zügigen Beginn des Auswahlverfahrens – ohne Festlegung auf einen Endlagerstandort und ohne Ausschluss eines Standorts – kann sichergestellt werden, dass mit der Räumung der Standortzwischenlager vor Ablauf der bestehenden Aufbewahrungsgenehmigungen begonnen werden wird.“ Die BI befürchtet: Gorleben bleibt im Verfahren und Seehofer spekuliert

Organisation .ausgestrahlt sieht ein weiteres Problem: „Ungeklärt ist die Handhabung der Behälter, wenn einer der beiden Deckel undicht wird. Für die üblicherweise am AKW Isar gelagerten Castor-Behälter gibt es die Möglichkeiten, einen dritten Deckel aufzuschweißen. Dies funktioniert bei den Castoren mit den Abfällen aus Sellafield nicht. Sie müssten in einer heißen Zelle repariert werden, die es aber am AKW Isar nicht gibt.“

Nach einer Änderung des Atomgesetzes dürfen Atomabfälle nicht mehr im Zwischenlager Gorleben eingelagert werden. Der Wegfall der Transporte ins Wendland sollte dazu beitragen, Vertrauen in eine neue ergebnisoffene Endlagersuche zu schaffen. Trotzdem sieht die Bürgerinitiative Lüchow-Danzenberg (BI) das jetzige Vorhaben des Umweltministeriums kritisch. Solange die „Lösung“ des Atom-müllproblems darin bestehe, die Nuklearabfälle von einem Ort zum anderen zu transportieren und dabei Unfälle oder die Strahlenbelastung des Personals und der Anwohner/-innen zu riskieren, laute die BI-Forderung „Nichts rein – nichts raus!“ Sprecher Wolfgang Ehmke: „Wir werden uns solidarisch verhalten. Im Bündnis mit den Anti-Atom-Initiativen werden wir deshalb unseren Beitrag zur Mobilisierung gegen das Atom-müll-Dilemma leisten. Jahrelang wurden wir in unserem Kampf gegen die Atom-müllpläne in Gorleben und für den Atomausstieg von vielen Menschen aus nah und fern unterstützt. 2017 heißt es folglich für uns: ‚Castor-Alarm!‘“ (gr, pm)

darauf, dass die Endlagersuche an Bayern vorbeigeht. Damit werden auch die Vorschläge der „Endlagerkommission“ entwertet. Darüber hinaus sichert Hendricks Seehofer zu, dass die hochradioaktiven und hochangereicherten Forschungsabfälle aus dem Reaktor Garching in das Zwischenlager Ahaus verbracht werden sollen. „Tausche Castor gegen Castor, das ist keine Lösung, das ist absurd“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. (gr, pm)



Nicht im Salz. Darunter!

Parallele Schichten Die Atommüllkommission des Bundestages erarbeitet derzeit Kriterien, auf deren Grundlage die weitere Suche nach einem Atommülllager für hochradioaktiven Abfall gestaltet werden soll. Eine aktuelle Studie macht dafür einen konkreten Vorschlag, der im Widerspruch zum bisherigen Vorgehen in Deutschland steht: Anstatt den Atommüll *im* Salz zu vergraben, schlagen Geologen das „ideale“ Atommülllager „unterhalb von stratiformen Salzformationen“ vor. Von Umweltwissenschaftler Jan Becker

Am 11. November wurde auf der Homepage der Atommüllkommission eine Studie über „Geologische Potentiale zur Einlagerung von radioaktiven Abfallstoffen unterhalb von stratiformen Salzformationen“ veröffentlicht. Prof. Dr. Ulrich Schreiber, Prof. Dr. Gerhard Jentzsch und M. Sc. Thomas Ewert von der Universität Duisburg-Essen wollen damit ein „alternatives Endlagerkonzept“ in die aktuelle Diskussion einbringen.

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland konzentrierte sich bisher auf permzeitliche Salinare, die im norddeutschen Becken Salzstöcke und Salzmauern bilden. Gorleben war bekanntlich Jahrzehnte lang als Standort (politisch) gesetzt. Doch im Gegensatz zur bisherigen „Salzlinie“

würden „horizontal lagernde Wechselfolgen von Tonen und Salzen“ sehr gute Eigenschaften hinsichtlich der Abdichtung von Gasen und Flüssigkeiten tieferliegender Horizonte bieten, wirbt die Studie.

In dem Konzept sollen diese flach lagernden Steinsalzformationen die geologische Barrierewirkung bilden. Anders als bei konventioneller Betrachtungen, liegen die Einlagerungskammern aber nicht innerhalb, sondern unterhalb der Basis salinärer Sedimente in einem geotechnisch geeigneten Kristallin- oder magmatischen Gestein (wie beispielsweise Granit oder Porphyr) in mehr als 1000 Metern Tiefe. Damit sei auch eine ausreichende Standfestigkeit für eine möglicherweise nötige Rückholung des Inventars gegeben.

Die Autoren beschreiben damit ein ihrer Ansicht nach „ideales Endlager in der obersten Erdkruste“, das eine Schadstoffausbreitung zwischen Einlagerungsbecken und Biosphäre „dauerhaft verhindert“. Im Gegensatz zur bisherigen Planung, bei der der Salzstock die geotechnischen als auch die barrierewirksamen Funktionen des Atommülllagers einnehmen muss, liegen dem Alternativkonzept also zwei unterschiedliche Gesteinseinheiten zugrunde. Damit würden die „Vorteile des Salzstock-Konzeptes mit denen des Kristallin-gestein-Konzeptes vereint, deren Nachteile aber ausgeschlossen“, werben die Geologen. Eine „günstige Situation liege vor wenn die „permische Schichtenfolge mit einer auf dem Kristallin auflagernden Tonsteinfolge be-

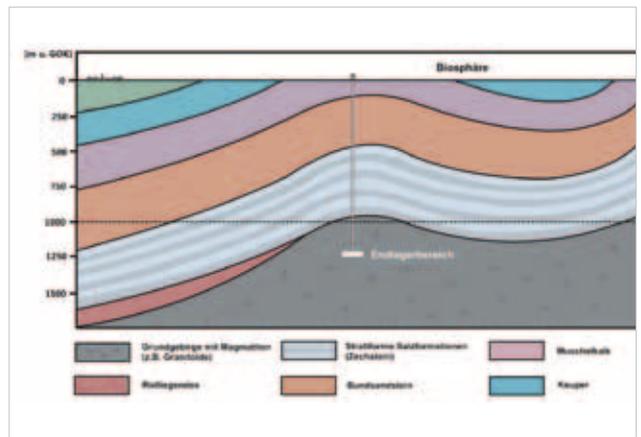
ginnt“ Hier durch sei eine erste Barriere gegen Flüssigkeitseintrag in die Salzsichten vorhanden. Es folgten permische Salzablagerungen von mehreren Hundert Metern Mächtigkeit, die die „Hauptbarriere zwischen dem Endlager und der Biosphäre“ bildeten.

Wechselfolgen von Salz und Ton besäßen „günstige physikochemische Parameter“ wie Temperaturleitfähigkeit, geringe Permeabilität, Verformungsverhalten und Sorptionsvermögen. Besonders geeignet seien Erdschichten aus dem Mesozoikum, das vor 252,2 Millionen Jahren begann und vor etwa 66 Millionen Jahren endete. Eine Reihe weiterer Ton- und Salzfolgen würden zusätzliche Barrieren und damit „erhöhte Sicherheit“ bieten.

Die Autoren der Studie stelle allerdings eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen als Auswahlbeziehungswise Ausschlusskriterien auf. So müssten mindestens 200 Meter mächtige Salzfolgen in „stratiformer, flacher Lagerung“ existieren und die Tiefe

der Salzsichten nicht „wesentlich unterhalb von 1000 Meter“ reichen. Metamorphes oder granitisches Grundgebirge könne für standfeste Kavernen sorgen. Es dürften in dem Bereich keine kritischen Gaskonzentrationen (Methan oder Kohlenstoff) vorhanden sein. Erdbeben dürften in der Region nur sehr gering oder besser gar nicht vorkommen. Der Abstand zu größeren Störungszonen müsse „ausreichend“ sein und die Distanz zu in jüngster Vergangenheit aktiven Vulkangebieten groß. Für die Standortauswahl zu berücksichtigen seien zudem raumplanerische Aspekte wie geringe Besiedlungsdichte, Lage außerhalb von ausgewiesenen Schutzgebieten und verkehrstechnische Anbindung ans Bahnnetz.

Von den genannten Rahmenbedingungen ausgehend, ließen sich Gebiete in Südniedersachsen, Nordhessen, Thüringen und Nordfranken eingrenzen. Nach einer ersten Auswertung verfügbarer Daten aus Bohrungen und geologischen Aufnahmen, lägen „günstige Bedingungen“ in mehreren



Schematische Darstellung der geologischen Rahmenbedingungen des postulierten Endlagerkonzeptes.

Teilregionen des Thüringer Beckens (Nordhausen, Mühlhausen, Stadtilm) vor. Hier bestehe die Chance, dass „ein Maximum der oben angeführten Kriterien eingehalten werden kann“.

Die Standortsuche mithilfe dieses alternativen Lagerkonzeptes sei allerdings nur beispielhaft auf Thüringen angewendet worden. Es bräuchte weitere geologische Daten sowohl für Thüringen als auch für weitere Regionen wie das Fränkische Becken und die Schwäbische Alb, um sie genauer zu untersuchen.

Eine weitere aktuelle Studie aus Amerika macht die Planungen für Langzeitlagerung von Atommüll *innerhalb* von Salzstöcken zunichte. Denn entgegen der bisherigen Annahme, diese seien – solange nicht von Stollen durchzogen – „dicht“, wird Salz unter bestimmten Voraussetzung porös. Im Labor entstand bei einem Druck von 1000 bar und 275 Grad Celcius ein Netzwerk an Mikrorissen, es bildeten sich winzige Kanäle in den kristallinen Formationen. Durch die können Wasser, andere Flüssigkeiten oder Gase einsickern. Die amerikanischen Wissenschaftler sprechen von einer „potenziellen Durchlässigkeit“ und warnen, dass dieser neue Aspekt bei der Auswahl eines Atommülllagers beachtet werden muss.

Zusammengefasst kann aus beiden zitierten Studien ein gemeinsamer Kern abgeleitet werden: Die Ergebnisse sprechen klar gegen ein Atommülllager im Salzstock Gorleben-Rambow, in dem Studien zufolge hochradioaktiver Abfall über einen langen Zeitraum nicht sicher gelagert werden kann.

Mesozoikum:

Erdzeitalter, das vor etwa 252,2 Millionen Jahren begann und vor etwa 66 Millionen Jahren endete.

metamorph:

Gestein, das aus einem Gestein beliebigen Typs infolge einer Erhöhung des Umgebungsdruckes bzw. der Umgebungstemperatur verhältnismäßig tief in der Erdkruste entsteht.

Perm / permzeitlich:

Das Perm begann auf der geologischen Zeitskala vor etwa 298,9 Millionen Jahren und endete vor etwa 252,2 Millionen Jahren.

Permeabilität:

Durchlässigkeit von Böden und Fels für Flüssigkeiten oder Gase

Salinar / salinar: Salzgestein-Komplex

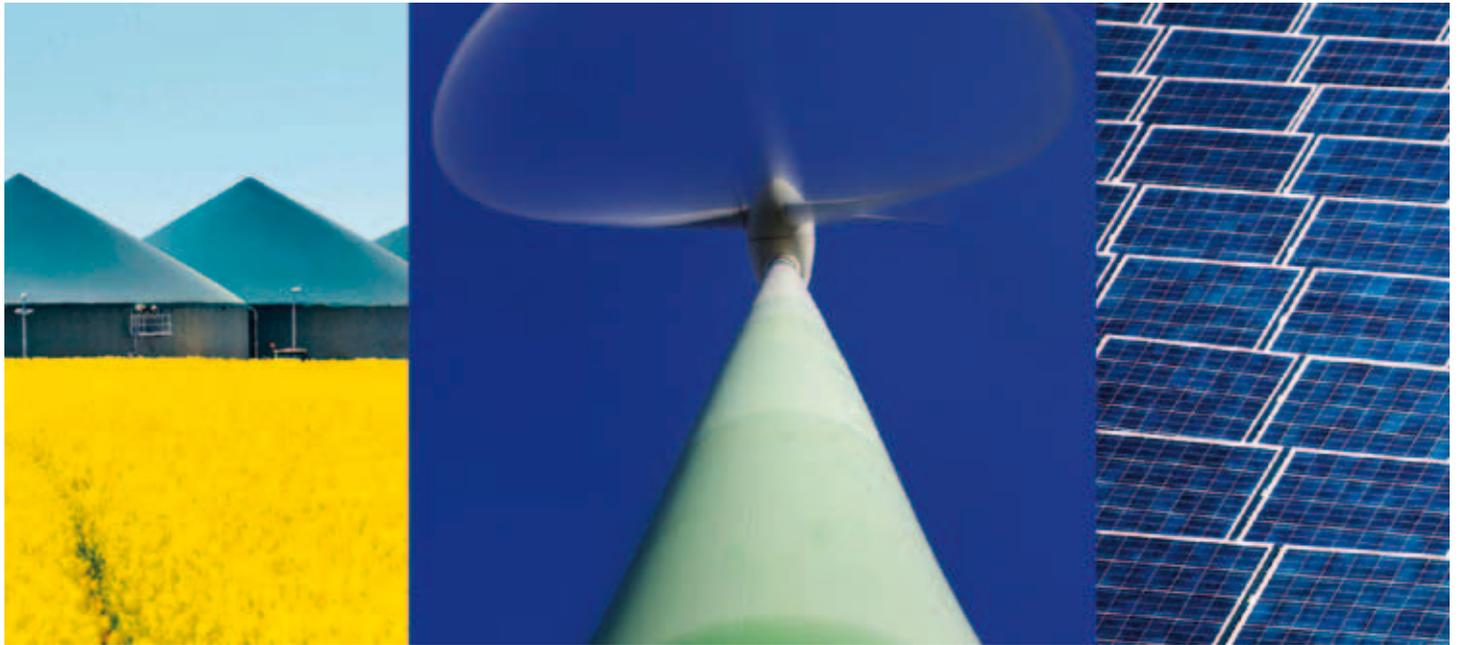
Sediment:

entsteht durch die Ablagerung von Material an Land und im Meer. Unverfestigte Sedimente werden Lockersediment, verfestigte Sedimente werden Sedimentgesteine genannt.

Sorption: Anreicherung eines Stoffes

stratiforme Salzformationen:

Steinsalz-Struktur, bei der die tektonischen Kräfte nicht zu einer Aufwölbung der Sedimente ausgereicht haben. Die salinaren Ablagerungen stehen in gleichlaufend übereinandergelagerter, horizontaler oder wellenförmiger Abfolge zueinander.



Die Energie-Wenden

Leben Anders als in der Gorleben-Frage, gab es bereits 1997 einen einstimmigen Beschluss des Kreistages Lüchow-Dannenberg, die Region zu 100 Prozent auf Erneuerbare Energien umzustellen. Im Jahr 2000 bekam das Wendland für sein Konzept von der Europäischen Union den 1. Preis für den besten ländlichen Raum auf dem Weg zu umweltfreundlichen Energien. Damals war die Region erst bei einem Prozent, aber der EU gefiel besonders, dass die Initiative von unten kam, nach dem Bottom-up Prinzip, und die Vision nicht von oben verordnet wurde. Dieter Schaarschmidt, Geschäftsführer der Wendland Wind GmbH, erinnert sich

Angefangen hatte alles viel früher, klein und unscheinbar. Die Bastler und Tüftler im Wendland waren mehr damit beschäftigt, kleine Haus- und Hof-Anlagen aus Schrott zu basteln, als daran zu denken, die Welt zu retten. Trotzdem waren sie der Motor und die Grundlage für die Energiewende, denn sie haben durchgehalten, trotz Großprojekten wie „GRO-WIAN“, einer überkauften Großwindanlage, die kaum lief und nur beweisen sollte, dass Windenergie nix taugt.

Bei mir selbst war schon während meiner Bio-Landbaulehre 1975 in Fuhlenhagen der Funke übergege-

sprungen. Auf dem dortigen Biohof wurde damals eine erste moderne Windkraftanlage mit 12 Metern Rotordurchmesser und 30 KW Leistung aufgebaut. Das teure Experiment scheiterte nach wenigen Jahren, die Idee blieb.

Etwa zur gleichen Zeit waren die Dänen schon viel weiter. Sie hatten bis dahin kleine Anlagen zur Einzelhofversorgung gebaut. Doch die Lehrer und Schüler der „Reisenden Schule Tvind“ wagten sich erstmals an den Bau einer großen Megawatt-Gemeinschaftswindkraftanlage. Getriebe und Generator kamen gebraucht aus dem Schiffs- und Maschinenbau, die Flügel wurden selbst entwickelt und gefertigt, genauso wie der klobige Betonturm mit Fahrstuhl. Diese Windkraftanlage in Tvind hat Geschichte gemacht, sie hat die Welt verändert, und sie läuft noch heute. Zwar mit modernen Flügeln und moderner Elektronik, aber sie läuft und läuft.

Und damals, vor 40 Jahren, hatte das eine besondere Bedeutung, denn in Deutschland erlebte die junge Anti-Atom-Bewegung mit der Bauplatzbesetzung in Wyhl ihren ersten Erfolg. Auch in Brokdorf regte sich Protest, und die dänische Politik entschied: „Wenn es möglich ist, mit Windkraftanlagen wie in Tvind Strom im Megawatt-Bereich zu produzieren, dann steigen wir in Dänemark

doch lieber gar nicht erst ein in die Atomenergienutzung.“ Rohstoffe haben die Dänen wenig, aber Wind haben sie reichlich.

Und so wurde das kleine Dänemark zum weltweiten Vorbild für eine moderne Windenergienutzung, und die dänische Windkraftanlagen-Schmiede Vestas war lange Zeit Weltmarktführer. Auch wir Wendländer haben neidisch nach Dänemark geblickt und haben schon sehr früh Reisen nach Tvind organisiert, um direkt von unseren Vorbildern zu lernen.

Obwohl das Wendland sehr dünn besiedelt ist und über viel Wald und Ackerland verfügt, ist auch hier eine nachhaltige Energieumstellung nicht so ohne weiteres möglich.

Wichtig war von Anfang an, zu erkennen, dass wir in allen Bereichen sparsamer und effizienter mit Energie umgehen müssen, um unsere Energieversorgung bis zum Jahr 2015 (so unser Plan damals) wirklich ganz umstellen zu können. Im Schnitt hätten wir 21 Prozent des Energieverbrauchs des Jahres 2000 sparen müssen, wobei im Wärmebereich mit den größten Einsparpotenzialen gerechnet wurde. Mit dem Sparen hat es bisher nicht so gut geklappt, mit Strom aus Wind, Sonne und Biogas umso besser. Hier haben wir schon vor einigen Jahren die 100-Prozent-Marke überschritten.

Wo stehen wir jetzt?

Die ersten fünf Prozent sind immer die schwersten. Doch inzwischen hat das Thema eine Eigen- dynamik erreicht, die kaum noch des Anschubs bedarf, eher mah- nender Worte für zu extreme Aus- wüchse, die es auch bei den Erneuer- baren gibt. Im Bereich Strom haben wir rund 120 Prozent erreicht! Der größte Teil davon wird in Biogas- und Windkraftanlagen erzeugt, aber auch Solarstroman- lagen wurden von den Landwirten schon früh und in großem Stil auf die Scheunen gebaut. So liegt der Solarstromertrag in Lüchow- Dannenberg dann auch dreimal so hoch wie im Bundesschnitt.

Besonderheiten beim Kraftstoff

Da wir im Wendland keine eigene Autoindustrie haben, können wir uns die Fahrzeuge der Zukunft nur wünschen, müssen aber mit dem auskommen, was der Markt uns bietet. Leider ist bei der Autobran- che noch keine Ausrichtung auf eine nachhaltige, zukunftsfähige Mobilität festzustellen. Der gute Anfang, den VW mit dem 3-Liter- Lupo gemacht hatte, wurde durch die Produktionseinstellung und den Bau neuer Spritschlucker (Touareg und Phaeton) wieder zunichte gemacht.

In der ersten Zeit haben wir unse- ren Schwerpunkt auf die Umrüs- tung von Fahrzeugen zum Pflan- zenölbetrieb gesetzt, was aber nur für Dieselfahrzeuge funktioniert. Darum haben wir in der Region nicht nur die allererste Biogas- tankstelle Deutschlands, sondern gleich weitere vier dieser Gas- tankstellen eröffnet. Der große Zuspruch bestärkt uns dabei, in diese Richtung weiter zu machen, denn zurzeit ist Biogas der Treib- stoff mit der besten Energie- und Umweltbilanz. Trotzdem liegt der erneuerbare Anteil am Treibstoff- verbrauch noch unter 10 Prozent.

Der Wärmebereich boomt

Holz war schon immer eine tradi- tionelle Wärmequelle in der Regi- on. Mit einem Anteil von 14 Pro- zent im Jahr 2000, der allerdings vorwiegend aus alten, ineffizien-

ten Kesseln und Einzelöfen be- stand, gehörte das Wendland zu den rückständigen Regionen, die noch nicht ganz von Öl und Gas erschlossen waren. Inzwischen sind Öl- und Gaspreise so stark gestie- gen, dass in manchen Wäldern schon das Holzknapp wird. So stei- gen dafür auch bei uns die Preise, was zum sparsamen Umgang mit Holz anregt.

Gerade in der Umgebung von Bio- gasanlagen gibt es jetzt fast über- all Nahwärmenetze. Diese Ent- wicklung hin zu Bioenergiedörfern wurde besonders durch die Initia- tiven von „Region Aktiv“ und der Bioenergie-Modellregion voran gebracht. Aktuell dürfte der Anteil im Wärmebereich bei 30 Prozent liegen, er könnte aber bereits deut- lich höher sein, wenn es bessere Rahmenbedingungen durch ein gutes Wärmegesetz und ein rich- tiges Energie-Einspargesetz gäbe. Dies wäre eine der effektivsten und am schnellsten wirkenden Maß- nahmen für die nächste Zukunft.

Wer sind die Akteure?

Trotz des einstimmigen Beschlus- ses des Kreistags, gehören Politik und Verwaltung wohl selten zu den Vorreitern und Taktgebern beim Umbau auf Erneuerbare Energien. Wenn sie aber wenigstens die privaten Initiativen wohl- wollend begleiten und zügig ge- nehmigen, dann ist schon viel gewonnen.

Wir haben zur Begleitung des Energieumbaus einen gemein- nützigen Verein gegründet, aber auch der tut sich bei wirtschaftli- chen Projekten schwer. Er hat im Bereich Bildung und Qualifizie- rung viel getan und dafür gesorgt, dass alle Wendländer die Mög- lichkeit hatten, sich Vorbildprojek-



Das weltweit erste Windrad im großen Stil, gebaut von der „Reisenden Schule“ in Tvind in Dänemark.

Dänen und Wenden sind die Eltern der Energie- wende

Autor Dieter Schaarschmidt beim Aufstellen des ersten Windrads im Wendland

ren. Mit „Region Aktiv“, in dessen Vereinsvorstand alle wichtigen ge- sellschaftlichen Gruppen vertre- ten sind, ist es möglich, modell- artig Entwicklungen voran zu bringen und Fördermittel für zu- kunftsweisende Projekte einzu- werben und sinnvoll einzusetzen. Nachdem 2015 die Förderung für die Bioenergie-Modellregion aus- gelaufen ist, unterstützt „Region Aktiv“ jetzt den Landkreis bei sei- nen Bemühungen, sich zu einer Masterplan-Klimaschutz-Region zu entwickeln. Ziel ist dabei, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 % zu reduzieren.

Das bedeutet weit mehr, als „nur“ 100 Prozent Erneuerbare Energi- en. Dafür sind auch große Verän- derungen in der Landwirtschaft und in unser aller Lebensweise er- forderlich. Wir wollen die notwen- digen Veränderungen in den näch- sten Jahren modellartig erfors- chen. Ein ambitionierter Plan, wie ich finde.

Für die Projektumsetzung haben wir zu Anfang Bürgerbetrieberge- meinschaften gegründet, um vie- len Bürgern die Möglichkeit zur Beteiligung zu bieten. Auch bei den Landwirten schlossen sich im- mer öfter Betreiber für Gemein- schaftsanlagen zusammen, wenn die Möglichkeiten des einzelnen Betriebs überschritten wurden.

Übrigens: Es gibt bei uns bereits vier Biogasanlagen auf Bio-Höfen, so genannte Bio-Biogasanlagen – damit keiner sage, das ginge nicht. Im Gegenteil: Die Bakterien erziehen auch die konventionellen Betreiber zu einem schonenden Umgang mit der Umwelt. Denn was der Umwelt schadet, schadet den Biogasbakterien und damit der Biogasausbeute. Das lernen auch konventionelle Landwirte schnell ...

Inzwischen haben die Energie- konzerne und Banken das große Geschäft mit den Erneuerbaren Energien entdeckt. Das mag in manchen Fällen hilfreich sein, sol- te aber zu größter Wachsamkeit führen. Denn in den Konzernzen- tralen zählt nur die Rendite. Da können Umwelt oder Landwirte schon mal auf der Strecke bleiben.

Weitere Infos im Internet unter:

● www.gorleben-rundschau.de



Die Berliner Jöre

Portrait Wie kommt man darauf, eine Sitzblockade „Stuhlprobe“ zu nennen? Bei dieser so typischen Form des Protests gegen Castortransporte setzen sich Demonstrant/-innen auf Stühlen direkt vor den Verladekran in Dannenberg, dort, wo die heiße Fracht vom Zug auf LKW umgeladen werden muss. „Am Anfang war tatsächlich eine Darmspiegelung und damit der Name. Danach erst wurde die Idee mit Inhalt gefüllt.“ Edelgard Gräfer schmunzelt über ihren Einfall. Niemand hatte es bis dahin so dicht ans Geschehen geschafft.

Im Lauf der Jahre wird die Aktion der Polizei doch unheimlich. Verhindert werden kann sie nie, aber Auflagen wie die Beschränkung der Teilnehmerzahl zeigen, wie sehr den Beamt/-innen die „Stuhlprobe“ missfällt. Versuchen die Behörden auch, das zivile Leben entlang der Transportstrecke zu unterbinden, sehen doch die Gerichte solche Protestaktionen häufig mehr im Sinne der Demonstrant/-innen.

Dabei ist ein Engagement gegen die Atomtransporte durch „frisch Zugezogene“ in jenen Jahren nicht selbstverständlich. „Heute kommst du im Wendland an, und wenn du willst, bist du sofort Teil der Szene. Das hat bei uns viel

Sie ist quirlig. Hat viel geleistet für den Widerstand im Wendland. Mehr, als auf dieser Seite berichtet werden kann. Mehr auch, als veröffentlicht werden darf. Torsten Koopmann hatte Mühe, sich zu beschränken.



länger gedauert, und ich musste viel dafür arbeiten.“ Das ist ihr eigentlich gar nicht in die Wiege gelegt. Als Edelgard 1944 in Berlin zur Welt kommt, liegt die Stadt in Schutt und Asche. Sie wächst heran zu einer waschechten Berliner Göre. Und sie lernt, Verbote großzügig auszulegen: Trotz der Ausgangssperre im Zuge des Arbeiteraufstands in der DDR im Jahr 1953 schleicht Edelgard zu den Biwaks der russischen Soldaten und ergaunert Süßigkeiten.

Während ihre Eltern die Familie mit einem Krämerladen durch die schwere Zeit bringen, stromert Edelgard durch die zerbombte Stadt. Häuserruinen sind Abenteuerspielplätze. Im zweiten Stock auf Stahlträgern zu balancieren ist spannender, als Hausaufgaben zu erledigen. Und auch, wenn ihr die Lehrer lieber aus dem Weg gehen: An die 300 Strafarbeiten sind es wohl, die sie aufgebremst bekommt. Wie viele sie davon wirklich gemacht hat? Edelgard grinst schelmisch. Sie ist heute noch eine Berliner Göre.

Wie das „Experiment“ Schule am Ende ausging, darüber spricht Edelgard nicht. Lieber erzählt sie von den Zeiten der „Außerparlamentarischen Opposition“, in der sie in Kreuzberg einen Antiquitäten- und Trödel Laden betreibt. Als ein Geschäftsfreund aus dem Wendland regelmäßig Spargel mitbringt, ist Edelgards Interesse an Lüchow-Dannenberg geweckt. Viele Berliner haben hier in den Siebzigerjahren Ferienhäuser gekauft. Schließlich bekommt Edelgard das Angebot, einen Hof zu kaufen und greift zu. Alles sind ihr und der mitgezogenen Freundin fremd: Die Landwirtschaft mit Enten, Gänsen und Hühnern, mit Schweinen, Schafen und Ziegen, das Schlachten und der noch verbreitete Brauch einiger Dorfbewohner, „Führers Geburtstag“ zu feiern. „Verstörend“, sagt Edelgard heute. Und doch: „Wir haben richtig schön gelebt.“

Finanziell läuft's mehr schlecht als recht, und so wäre Edelgard fast wieder nach Berlin zurückgegangen. Nur ein Zufall verhilft ihr und ihrer Freundin zu festen Jobs im Wendland. Zum ersten Mal in ihrem Leben ist sie nicht Selbst-

ständige, sondern als Familienhelferin angestellt. Ein Segen für sie, ein Segen auch für den Widerstand. Denn: Die „Gorleben-Frauen“ suchen Verstärkung in dieser Zeit. Edelgard geht hin. Da sitzen sie, malen schweigend Plakate. Edelgards Gruß wird kaum erwidert. „Unfreundlich“, denkt sie, setzt sich aber trotzdem dazu und malt. „Und ab da war ich nicht mehr zu halten.“ Es kommt Edelgard bis dahin überhaupt nicht in den Sinn, sich im Wendland politisch zu engagieren. Auch nicht, als sie Freunde aus Trebel abholt, die gerade die gewaltsame Räumung der besetzten Bohrstelle 1004 überstanden haben.

„Ich habe dann lange Zeit gedacht, dass der Protest nur aus Frauen besteht.“ Der emanzipatorische Widerstand gibt ihr die Sicherheit, dass „ein anderes Leben möglich ist.“ Einmal geweckt, ist Edelgard fortan immer ganz vorne mit dabei: Sitzblockaden gegen Fasstransporte nach Gorleben und vor dem AKW Philippsburg, die Info-Tour „Der Tod ist ein Gevatter aus Bonn“ mit der Bahn durchs ganze Land, Aktionen gegen die „Pilot-Konditionierungsanlage.“ Bis heute findet jeden Sonntag der von Edelgard initiierte Spaziergang in Gorleben statt. Damals, in Berlin, bei Hertha 06 in Charlottenburg, gehörte Edelgard zu den ersten fußballspielenden Frauen. „Angriff liegt mir halt mehr.“

2001 folgt der Wechsel ins „Management“: Edelgard wird Vorsitzende der Lüchow-Dannemberger Bürgerinitiative. Ein Jahr mit gleich zwei Castortransporten. „Der Winter war gruselig, und am Abend vor der Auftaktdemo fing es an zu schneien“, erinnert sich Edelgard. Sie bat die Kirche darum, die Gemeindehäuser für die Demonstrant/-innen zu öffnen. In Dannenberg schlieften damals viele sogar in der Sankt-Johannis-Kirche.

„Ich bin doch eigentlich eine Abbrecherin, nur in Sachen Gorleben nicht.“ Edelgard ist auch ein bisschen stolz, dass sie seit Jahrzehnten an einer Sache teilnimmt, die so brisant und lebendig ist. „Widerstand ist halt ein soziales Anliegen.“



„Man meint, dass wir nach all den Jahren alles über Tschernobyl wüssten, dass (...) niemand mehr etwas darüber hören möchte. Tatsächlich aber ist Tschernobyl nicht nur nicht vergessen – es wurde nie richtig verstanden.“ Mit ihrem Buch „Tschernobyl – Eine Chronik der Zukunft“ hat die weißrussische Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch einen Baustein gesetzt „für ihr vielstimmiges Werk, das dem Leiden und dem Mut in unserer Zeit ein Denkmal setzt“ (Nobel-Komitee). Dafür hat sie kürzlich den

Literatur-Nobelpreis erhalten. Im Wendland hat sie bei den Gorleben-Aktiv-Tagen das Treckerfahren gelernt und einen Pass der „Republik Freies Wendland“ bekommen. In Lüchow gab es zudem diverse Lesungen mit Alexijewitsch.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de



**ALLES FALSCH
GEMACHT!**

Endlagersuche am
Beispiel Gorleben:
Ein Blick zurück.
Ein Blick nach vorn.
Und heute zwischendrin.

VORTRÄGE UND DISKUSSIONEN

Tagesveranstaltung

Sa. 23.01.2016

10.00h-18.00h

Kraftwerk Lüchow

Programm und Infos unter
www.bi-luechow-dannenberg.de

Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de